

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, außchl. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 2. September 1911.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergnügungsrate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 100.

Finale und Ouvertüre.

In unserer verkehrten Welt kann auch eine solche Unmöglichkeit mit durchgehen, wie diese Artikelüberschrift in musikalischer Beziehung eine ist. Ja, man braucht von Musik ebenfowenig zu verstehen wie der sprichwörtliche Esel vom Lautenschlagen und wird doch wissen, daß eine Ouvertüre die Einleitung und das Finale der Schluß eines Sonnetes ist. Aber es kann auch einmal „andersrum“ gehen, und in unserem Falle muß sogar das Finale der Ouvertüre vorweggehen.

Gewisse Ereignisse zwingen uns nämlich, über die bewußten Berliner Vorgänge noch etliche Ausführungen zu machen, haben sie doch noch zu Weiterungen geführt, die nicht vorauszusehen waren, als wir mit diesem unleidlichen Kapitel Schluß eintreten ließen. Wir haben bis jetzt zu dieser neuen Wendung der Angelegenheit geschwiegen. Es ist aber unmöglich, und es wäre auch eine chronistische Pflichtunterlassung wie nicht minder ein taktischer Fehler, würde das Organ des Verbandes an diesen erregten Preßdiskussionen achtlos vorübergehen, die sich noch einmal an diesen bedauerlichen Vorfall geknüpft haben. Da zudem der „Korr.“ eine nicht zu geringe Rolle in diesem eigenartigen Epiloge zugewiesen erhalten hat, so liegt eine Veranlassung: mehr vor, unsern Lesern dieses Finale wenigstens in gedrängter Wiedergabe vorzuführen.

Das „Korrespondenzblatt“ brachte in seiner Nummer vom 26. August unter der Überschrift „Zur Preßdebatte über das Geheimzirkular“ einen bemerkenswerten Artikel, den wir nachfolgend im Auszuge bringen:

Die Preßerörterungen über das Urteil des Tarifamts deutscher Buchdrucker haben ein Nachspiel erfahren, das beinahe noch schärfere Auseinandersetzungen zeitigt als das Urteil selbst. In einer Reihe von Parteiorganen hatten das Tarifamtsurteil und das Einschreiben der Verbandsinstanzen gegen das kontraktbrüchige Personal Kritiken ausgelöst, die weder von Sachlichkeit, noch von irgendwelcher Rücksichtnahme auf die schwierige Position des Buchdruckerverbandes angefaßt der bevorstehenden Tarifierneuerung beeinflusst waren. Die Generalkommission hielt im Einverständnis mit dem Vorstande des angegriffenen Verbandes eine scharfe Zurückweisung derartiger kritischer Stilübungen für durchaus am Platze; sie setzte aber, gemäß der seit der Einigung von Mannheim geübten Gepflogenheit, von ihrer Absicht den Parteivorstand in Kenntnis. Der letztere hielt den Weg weiterer Preßerörterungen nicht für den geeigneten und erbot sich, den Redaktionen der Parteipresse die beabsichtigte Erwiderung der Generalkommission mit einem zukünftigen Schreiben vertraulich zu übermitteln. Dies geschah auch durch Vermittlung des Pressebüreaus. Leider ist diese gute Absicht, jedem weiteren öffentlichen Streite vorzubeugen, durch einen noch ungenügend aufgeklärten Vertrauensbruch durchkreuzt worden, indem die „Zittauer Morgenzeitung“ in den Besitz eines der versandten vertraulichen Zirkulare gelangte und dasselbe mit sensationellen Randbemerkungen veröffentlichte. Danach trug ein Teil der Parteipresse auch kein Bedenken mehr, das Zirkular bekanntzugeben, zumal sich hierdurch für manche Redaktion die augenscheinlich erwünschte Gelegenheit bot, sich erneut an dem Parteivorstand und der Generalkommission zu reiben. . . .

Es waren lediglich Gründe des Parteinteresses, die von der Veröffentlichung abrieten. Bedauerlicherweise werden indes diese Gründe von einem Teile der Parteipresse so wenig gewürdigt, daß sie nun, nach der Veröffentlichung durch gegnerische Indiskretion, von neuem über die Gewerkschaftsleitungen und obendrein auch über den Parteivorstand herfallen und sonach diese Angelegenheit angefaßt der bevorstehenden Wahl-

kampagne zu einem inneren Parteikrieg aufbauen möchten. Verdient ein solches Gebahren die schärfste Zurückweisung seitens der hierzu berufenen Parteikreise, so können auch wir eine Reihe von Auslassungen einiger freilustiger Parteiredaktionen nicht unerwidert lassen.

Der „Vorwärts“, diesmal der erste Auser im Streite, führte am 15. August das Eingreifen des Parteivorstandes auf eine überreizte Empfindlichkeit der Generalkommission zurück und empfahl der letzteren, „der Gerechtigkeit halber“ sich auch eine Anzahl Gewerkschaftsblätter, ja sogar ihr eigenes „Korrespondenzblatt“ anzusehen, wo sie finden werde, daß da auch recht kräftige Töne gegen Parteigenossen angeschlagen würden.

Wir gestehen dem „Vorwärts“ gerne zu, daß uns unsere Auslassungen in diesen Polemiken in guter Erinnerung sind, da wir sie noch jetzt öfters mit großer Befriedigung lesen. Soweit darin ein scharfer Ton angeschlagen wurde, erklärt sich dies aus den damaligen Situationen, in denen wichtige Gewerkschaftsinteressen gefährdet waren. . . . In der Buchdruckerangelegenheit dagegen stand den vom Parteivorstande gerügten Parteiblättern ein Recht der Einmischung nicht zu, da es sich um innere Organisationsangelegenheiten einer Gewerkschaft handelte. Selbst der Dresdner Gewerkschaftskongreß hat hier eine wohlweisliche Zurückhaltung geübt. Nun sind Parteivorstand und Generalkommission weit davon entfernt, der Parteipresse das Recht zu schmälern, ihre Leser von öffentlich wichtigen Vorgängen jeder Art zu unterrichten und an diesen Vorgängen auch sachliche Kritik zu üben. Die Zurückweisung richtet sich lediglich gegen die gehässige Schreibweise einzelner namhaft gemachter Parteiblätter, die geeignet war, das gerade in gegenwärtiger Situation so notwendige Zusammenarbeiten von Mitgliedschaft und Verbandsinstanzen im Buchdruckerverbande zu erschweren.

Der „Vorwärts“ erklärt am Schluß des erwähnten Artikels: „Es wäre deshalb gut gewesen, wenn der Parteivorstand, sofern er der Anregung der Generalkommission zu entsprechen für notwendig erachtete, dann auch der Generalkommission die Verpflichtung nahegelegt hätte, auch ihrerseits eine gleiche Mahnung an die Gewerkschaftspresse ergehen zu lassen.“ Wir sind dem „Vorwärts“ für seinen Hinweis auf die notwendige Parität der Gewerkschaftspresse natürlich sehr dankbar, — aber diesmal reut er wirklich offene Türen ein, denn die Gewerkschaftspresse war schon vorher und noch dazu öffentlich im „Korrespondenzblatt“ gemacht worden, in dieser Angelegenheit Zurückhaltung zu üben.

Daß der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ die Einmischung einiger Parteiblätter schärfer zurückwies, als dem Frieden in der Arbeiterbewegung förderlich war, erklärt sich aus seiner Stellung als offizielles Organ der angegriffenen Gewerkschaft. Wir wollen indes gerne zugeben, daß bei dieser Abwehr auch einmal stark über die Schur hinausgegangen wurde. Zur Ehre der Gewerkschaftspresse muß es aber festgehalten werden, daß ihre Behandlung der strittigen Angelegenheit in Sachlichkeit und Ton hoch über denjenigen eines Teils der Parteipresse stand.

Die Redaktionen der „Elberfelder „Freien Presse“, der Solinger „Vergilischen Arbeiterstimme“ und der Essener „Arbeiterzeitung“ mußten sich von den Erklärungen des Parteivorstandes und der Generalkommission besonders bedrückt fühlen, da ihre Blätter sich durch gehässige Schreibweise besonders hervorgetan hatten und deshalb in dem vertraulichen Zirkulare namhaft gemacht wurden. Diese Redaktionen haben nun, vereint mit denen einiger anderer niederrheinischer Blätter von Krefeld, Düsseldorf, Aidenkheid und Remscheid eine Protestkonferenz veranstaltet und darauf an die Adresse des Parteivorstandes eine Protesterklärung beschossen, die sie nach der Indiskretion der „Zittauer Morgenzeitung“ ebenfalls der Öffentlichkeit übergaben. . . . Die Erklärung der streitbaren sieben Redaktionen hätte ruhig vertraulich bleiben können. Die Öffentlichkeit hätte dabei nichts verloren.

Die Essener „Arbeiterzeitung“ will aus dem Hinweis in der Erklärung der Generalkommission auf die Differenzen in ihrem eignen Betriebe, die zur Anrufung des Tarifamts führten, herauslesen, daß die Generalkommission von den reißenden Kräften aufs Eis geführt worden sei, und daß sie nicht einmal den Unter-

schied zwischen Redaktion und Geschäftsleitung finden könne. Vielleicht beruhigt sich die Essener Redaktion, wenn wir ihr mitteilen, daß die Geschäftsleitung sich allerdings erst nach Erlebigung der Differenzen in ihrem Betriebe, nämlich während der Preßdebatten über den Scherl-Konflikt, an das Tarifamt wandte, daß der Wortlaut ihres Schreibens uns aber wohl bekannt ist. Daß die Redaktion eines Blattes in der Öffentlichkeit die Disziplinlosigkeit von Gewerkschaftsmitgliedern verberlichen und den Verbands- und Tarifinstanzen die Wiederherstellung gewerkschaftlicher Grundsätze erschweren darf, während zur selben Zeit die Betriebsleitung selbigen Blattes, wenn auch etwas weniger öffentlich, denselben Tarifinstanzen ihre Zustimmung bekundet und Material über kontraktbrüchige Verbandsmitglieder mitteilt — diesen Unterschied zu rechtfertigen, müssen wir schon der Essener „Arbeiterzeitung“ überlassen.

Die vorgenannten sieben Redaktionen und die „Leipziger Volkszeitung“ haben zur Erörterung dieser Angelegenheit die Einberufung einer sozialdemokratischen Preßkonferenz für das ganze Reich gefordert. Da eine solche Konferenz sowieso im Herbst dieses Jahres beabsichtigt war, wird diese Auseinandersetzung wohl auf derselben ausgetragen werden. Wir sehen dieser Entwicklung der Dinge mit der größten Gelassenheit entgegen, werden indes dafür sorgen, daß bei diesen Verhandlungen das Verhalten einiger Parteiorgane zu Gewerkschaftsaktionen und Gewerkschaftsinteressen auch von unserer Seite die notwendige Würdigung findet und daß für die Zukunft Vorkehrungen getroffen werden, derartigen Freiheiten einen Riegel vorzuschicken.

Bevor wir uns zu diesen Ausführungen äußern, möge das, was den Gegenstand dieser Preßdebatte bildet, das sogenannte Geheimzirkular nämlich, hier im Wortlaut eingefügt sein. Wenn es, auch den meisten unserer Leser seit Wochen bekannt ist, so ist es in diesem Zusammenhang mit einer bloßen Erwähnung wohl nicht getan. Auch kommen wir mit seiner vollen Wiedergabe verschiedenlichen Wünschen von solchen Kollegen nach, die aus besonderen Gründen nicht in der Lage waren; es inhaltlich vollständig kennen zu lernen.

Vom Parteivorstande wurde also mit dem Datum des 8. August folgendes Zirkular an die Redaktionen der sozialdemokratischen Presse versandt:

Die Generalkommission der Gewerkschaften hatte die Absicht, wegen der Beschwerden des Buchdruckerverbandes über einen Teil der Parteipresse im „Korrespondenzblatt der Gewerkschaften“ die beiliegende Erklärung zu veröffentlichen.

Da diese Erklärung im Sinne der Mannheimer Resolution die Interessen von Partei und Gewerkschaften berührt, hat die Generalkommission uns hiervon vorher verständigt.

Da uns in der gegenwärtigen politischen Situation eine öffentliche Diskussion dieser Beschwerden den Interessen der Arbeiterbewegung nicht förderlich erscheint, haben wir die Generalkommission der Gewerkschaften ersucht, von der Veröffentlichung dieser Erklärung abzusehen und uns erboten, die Parteipresse durch ein Zirkular von der beabsichtigten Erklärung in Kenntnis zu setzen.

Wir haben der Generalkommission der Gewerkschaften gleichzeitig erklärt, daß wir ihre Beschwerde über die gehässige Schreibweise der angegriffenen Parteiblätter für durchaus berechtigt halten. Eine solche Kampfesweise widerspricht nicht nur den Grundsätzen der Mannheimer Resolution, sondern steht auch in schroffem Widerspruch zu dem Jenaer Parteitagsbeschluss über die Preßfreiheit, in dem der Parteitag gegen eine gehässige, persönliche verlebende Art der Diskussion Einspruch erhob und es weiter heißt: „Der Parteitag erklärt deshalb mit allem Nachdruck, daß dieser Art der Diskussion ein Ziel zu setzen ist; daß aber selbstverständlich der sachliche Kritik der weiteste Spielraum gelassen werden muß.“

Wir eruchen die Redaktionen der Parteipresse, die Jenaer Resolution bei Polemiken zu beachten.

Die Erklärung der Generalkommission gegen einen bestimmten Teil der sozialdemokratischen Presse war

dem Rundschreiben der Parteileitung beigelegt, sie hat diesen Wortlaut:

Die Vorkommnisse im Berliner Buchdruckgewerbe und die daraus entstandenen Differenzen im Verbands der Deutschen Buchdrucker haben in den letzten Wochen die Arbeiterpresse allgemein beschäftigt. Dabei haben einige Parteiblätter eine Haltung eingenommen, die im schärfsten Gegensatz zu den Bestrebungen steht, die ein friedliches Nebeneinanderarbeiten von Partei und Gewerkschaften fördern sollen. (Folgen die unsrer Lesern bekannten Kraftstellen aus den Parteiblättern vor Solingen und Eberfeld. Red.) Neben diesen Schimpfereien konnte man in einzelnen Parteiorganen eine andere in der äußeren Form anscheinend sachliche Taktik beobachten, deren Tendenz jedoch keine andere war. Als Beispiel führen wir folgende Auslassung der Essener „Arbeiterzeitung“ an: „Disziplin und Vertragstreue sind notwendige Charaktereigenschaften für jeden gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, nichtsdestoweniger sind aber Gewerkschaftler nie zu unbesehrter sozialistischer Disziplin zu erziehen und die Vertragstreue findet ihre natürlichen Widerstände in der Berufssolidarität, wo die kollegialen Interessen der Arbeiter in Gefahr geraten.“

Das Essener Parteiblatt hatte alle Ursache, in diesem Falle Zurückhaltung zu üben, da es wissen mußte, daß im eignen Vertriebe ähnliche Vorkommnisse wie in Berlin zu beklagen waren, die zur Anrufung des Tarifamts führten.

Die Generalkommission erhebt gegen diese Behandlung einer ihr angeschlossenen Organisation entschiedenen Protest; sie wird genötigt sein, wenn die hier gekennzeichnete Kritik in einem Teile der Parteipresse fortgesetzt wird, diejenige Zurückhaltung in der Antwort auf dieses Verhalten aufzugeben, die ihr bisher zur Aufrechterhaltung eines friedlichen Verhältnisses geboten erschien. Es kann nicht Aufgabe der Parteipresse sein, zur Verschärfung der innerhalb einzelner Gewerkschaften entstehenden Differenzen beizutragen. Die Generalkommission ermahnt von der Parteipresse, daß sie auch dem Buchdruckerverbande gegenüber die Haltung einnimmt, die dem Streben in der Arbeiterbewegung bleibt und sich aus den Beschlüssen des Mannheimer Parteitags ergibt, wonach Partei und Gewerkschaften in ihren Kämpfen auf gegenseitige Verständigung und Zusammenwirken angewiesen sind.

Im vorliegenden Falle hätte die Parteipresse aus dem neutralen Verhalten des Dresdener Gewerkschaftskongresses ersehen können, daß es sich hier um Streitfragen handelt, deren Beurteilung selbst die in der praktischen Gewerkschaftsarbeit stehenden Kongreßteilnehmer zunächst den Instanzen des Buchdruckerverbandes überlassen. Das hätte die Parteipresse um so mehr berücksichtigen müssen, als die Buchdrucker vor einer Tarifrevision stehen. Wenn Parteiorgane in einer solchen Situation innere Zwifeltigkeiten schüren, so kann das nur die Position der Arbeiter bei den Tarifberatungen schwächen. Die Generalkommission hält sich für verpflichtet, der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterkraft zunächst zu zeigen, wie ein Teil der Parteipresse den Mannheimer Beschluß zur Ausführung zu bringen für gut hält. Sie wird nicht Abstand nehmen, in der Folge auf solche Auslassungen die Antwort zu geben, die solchen Unrempelien gebührt.

Große Erläuterungen zu dem von der Generalkommission und dem Parteivorstand unternommenen Schritte können wir uns gewiß ersparen, da ja aus dem auszüglich schon wiedergegebenen Artikel des „Korrespondenzblattes“ wohl die Geschichte dieses sogenannten Geheinzirkulars klar hervorgeht. Die Bemerkung sei unserteils aber vor allem nicht unterlassen, daß es uns auch jetzt noch unerklärlich ist, wie dieses vertrauliche Rundschreiben seinen Weg in die Spalten der „Zittauer Morgenzeitung“ finden konnte. Wir haben uns aber darüber keinen müßigen Kombinationen hingeeben, sondern das Geschehene bedauert; zugleich aber auch, daß ein sozialdemokratisches Blatt sich um so eifriger in Vermutungen und gewagten Kombinationen erging, denen die Tendenz an die Stirne geschrieben stand.

Daß unser Verbandsvorstand alle Veranlassung hatte, sich beschwerdeführend an die Generalkommission zu wenden über die teils äußerst gehässige Schreibweise und die teilweise unsrer Organisation auch sonst absolut nicht dienliche Behandlung dieser Angelegenheit seitens einer nicht so unbeträchtlichen Zahl sozialdemokratischer Blätter, kann gar keinem Zweifel unterliegen. Wollte Anerkennung gebührt der Generalkommission für das unsrer Beschwerde entgegengebrachte Verständnis. Es darf nicht geduldet werden, daß wie in diesem Falle ganz unverantwortliche publizistische Organe durch ihre Schreibereien die unter ganz erschwerten Umständen getroffenen Maßnahmen einer Gewerkschaftsleitung durchkreuzen und die Situation dadurch noch kritischer gestaltet wird, noch dazu zu einem wegen der Tarifrevision an sich schon bedenklichen Zeitpunkt. Das fördert nicht,

sondern das schädigt die Interessen der Gewerkschaften und damit die organisierten Arbeiter selbst. Wenn die Generalkommission zuvor den Vorstand der sozialdemokratischen Partei von ihrem Vorhaben in Kenntnis setzte, so ist dagegen nichts zu sagen, denn beide Zentralinstanzen haben doch die Förderung der Arbeiterinteressen allgemein zum Zwecke, gleichzeitig aber auch die Verpflichtung, allem zu wehren, was diesen Bestrebungen abträglich ist. Und das ohne weiteres zuzugeben ist, daß weitere Preßpolemiken über den Scherfischen Konflikt nicht im Arbeiterinteresse, um so mehr aber in dem der Gegner gelegen hätten, so kann auch der von dem Parteivorstand als gangbar gewählter Weg, die in Betracht kommenden Blätter zu einer besseren Wahrnehmung der Arbeiterinteressen zu ermahnen, gutgehen und sein Vorgehen selbst nur begrüßt werden.

Daß die Sache dann einen andern Lauf nahm infolge der Veröffentlichung des Parteivorstandszirkulars in der „Zittauer Morgenzeitung“ war noch nicht das Schlimmste, sondern das nunmehr beliebte Verhalten der unter Anklage stehenden Parteiblätter. Das Bedürfnis nach Situationen der Erregung und zur Sensation scheint bei dieser Richtung schon so groß zu sein, daß man sich selbst die Fenster einwirft. Es ist jedoch ein großer Irrtum von diesen krakeel- oder skandalstüchtigen Redaktionen, wenn sie meinen, ihre ewige aufgeregte Prinzipienmächerei wäre das, was man die hochdeutsche Volksseele zu nennen pflegt. Der Kreis der an diese Vorstellung Glaubenden wird nämlich kleiner, wenn er auch für ein wirkliches Erkennen und richtiges Unterscheiden noch zu groß ist. Und auch das kann den Unentwegten gesagt werden: Sie haben wunderbar aufflarend gewirkt bei einem ansehnlichen Teil unsrer Mitglieder; am kräftigsten dort, wo sie in ihrer Kritik und in ihren Worten jedes Maß und Ziel verloren! Es sind uns aus solchen Orten von den verschiedensten Seiten Zuschriften geworden, die von einer schnellen Erkenntnis zeugen. Es wurden daran nicht nur Schlußfolgerungen geknüpft, sondern davon auch bereits als von Tatsachen gesprochen, mit denen bloßer Andeutung wir es bewenden lassen wollten. Denn schließlich ist es doch kein Kunststück, einzusehen, daß jene Blätter nicht nur unsern Verband, sondern die eigne Partei durch ihre Schreiber geschädigt haben. Wenn man gegenüberstellt, wie verständnisvoll das österreichische Zentralorgan den Berliner Vorfall zu behandeln verstand, und läßt dann Revue passieren, was sich alles im deutschen sozialdemokratischen Blätterwald abgepielt hat, dann hat man auch die Erklärung, warum denn in Deutschland das Kapitel „Partei und Gewerkschaften“, das der „Vorwärts“ vor reichlich 14 Tagen aus diesem Anlasse wieder breit aufgeschlagen hatte, gar nicht von der Tagesordnung verschwinden will und trotz aller Sicherheitsventile nichts von seinem kritischen Charakter einbüßt. Und die Hoffnung, daß es doch einmal besser werden wird, erfährt keine Stärkung, wenn man am gleichen Tag in der „Bremer Bürgerzeitung“ eine Pannekoekerei über dieses Thema lesen konnte, die wie immer in eine widerwillige und unverantwortliche Umschmeißelung der Massen und die gewohnte Herabsetzung der Führer ausläuft. Wir haben zu allem geschwiegen und können uns auch jetzt mehr mit Konstatierungen begnügen, da wir im allgemeinen mit dem „Korrespondenzblatt“ in der abschließenden Beurteilung der Angelegenheit und ihrer Folgeerscheinungen konform gehen. Mit dem Kollegen Döblin, der im Heft 17 (24. August) der „Sozialistischen Monatshefte“ auf Wunsch von deren Herausgeber einen Artikel „Die Lehren des Berliner Buchdruckerstreiks“ veröffentlichte, der in seinem den Konflikt bei Egerl selbst behandelnden Teile stimmungsgemäß das gleiche ausspricht, was in prinzipieller Hinsicht darüber schon im „Korr.“ gesagt worden ist, stimmen wir aber vollständig überein, wenn er nach der in Frage stehenden Seite hin noch diese Lehre aus dem Berliner Krach zieht:

Aber noch eine weitere Lehre ist aus dem Konflikt im Buchdruckerwerke zu ziehen: nämlich die, daß es einige sozialdemokratische Parteiorgane gibt, die nichts lernen. Diese Organe lassen keine Gelegenheit vorüber-

gehen, wo im Verbands der Deutschen Buchdrucker sich Schwierigkeiten einstellen, sie zu vermehren. Der Teil der Verbandsmitglieder, der, in Verkennung der Interessen der Gesamtheit und seiner eignen, bemüht ist, die Verammlungen zum Zummelplatz erregter Leidenschaft zu machen und Mißtrauen gegen die leitenden Personen hervorzurufen, darf stets auf die verständnisvolle Unterstützung dieses Teils der Presse rechnen. Selbst bei den Tarifrevisionen dehnt sie ihr Interesse für den Buchdruckerverband so weit aus, daß in den meisten Fällen ihr gutes Herz über die geringen Erfolge der Revision in Tränen zerfließt; in den Vertrieben dieser Organe ist jedoch die Auffassung über die Bewertung des Resultats der Tarifbewegung gewöhnlich eine andere. Daß dieses Interesse nur dem Buchdruckerverband entgegengebracht wird, ist etwas eigenartig. Die Gründe sind gleichwohl zu erkennen: Die ganze Richtung paßt jener Presse nicht; es fehlt ihr das Verständnis für die Notwendigkeit und die Bedeutung der Tarifverträge und deren Entwicklung. Der Verband der Deutschen Buchdrucker, der bei seiner Entwicklung auf dem Gebiete des Tarifvertrags die aus der Gestaltung der Verhältnisse sich ergebenden neuen Wege zuerst zu beschreiten gezwungen ist, setzt sich dadurch zuerst der Kritik dieser erweiterten Gewerkschaftspolitik aus. Nun läßt sich freilich bei Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder nicht radikalen Ideen arbeiten, sondern es heißt da sehr nüchternes Abwägen der realen Verhältnisse und Anpassen an die gewerbliche Lage. Das ist aber nach der Auffassung jener Blätter ein Verhalten, das bekämpft werden muß, und zwar mit Mitteln, die wenig geeignet sind, die Einigkeit in der Arbeiterkraft zu fördern. . . .

Zu wünschen wäre es, daß jene Preßorgane endlich zur Einsicht kommen, daß auf solchem Weg Arbeiterinteressen nicht gefördert werden. Aber auch die gesamte Gewerkschaftsbewegung hat ein Interesse daran, die Tarifvertragsbewegung durch die erwähnten politischen Blätter sich nicht erschweren zu lassen. In der Schwerindustrie, im Bergwerksbetriebe will das Unternehmertum von Tarifverträgen nichts wissen, und die Tatsache, daß in Arbeiterkreisen oder in deren Presse der Vertragsbruch als anerkannter Wertesolidarität belobt wird, dürfte kaum dazu angetan sein, die Tarifvertragsgegner im Unternehmertum für Tarifverträge zu gewinnen. Die Gewerkschaftsbewegung muß daher dringen fordern, daß unverantwortliche Preßorgane das Tätigkeitsgebiet der Gewerkschaften respektieren und ihr die Wahrnehmung ihrer Aufgaben nicht erschweren.

Daß Kollege Döblin mit solchen und seinen andern Ausführungen nicht der Beifall der radikalen Parteiorgane finden würde, stand ja zu erwarten, und die „Zeitziger Volkszeitung“ hat ihn denn auch in diesen Tagen feierlichst eingeladen, sich neben den „Korr.“ deswegen auch noch persönlich auf die Anklagebank zu setzen.

Die Gerechtigkeit erfordert jedoch, auch des Verhaltens einiger Gewerkschaftsblätter bei dieser abschließenden Betrachtung zu gedenken. Kollege Döblin tut dies auch, indem er der bekannten Haltung der „Holzarbeiterzeitung“ folgende Zeilen widmet:

Es fehlt nicht nur bei der Masse, das tiefere Erkennen in das Wesen des Tarifvertrags und die Gebaut ist, desto gewissenhafter seine Innehaltung erfolgen muß. Wie sehr das Nachdenken darüber selbst in leitenden Kreisen zu wünschen übrig läßt, beweist die Haltung der „Holzarbeiterzeitung“ bei dem Konflikt, indem sie sich auf die Seite der Kontraktbrüchigen stellt. Seit über 20 Wochen stehen die organisierten Holzarbeiter in Hamburg im Kampfe wegen Unerkennung des paritätischen Arbeitsnachweises seitens der Unternehmer; die Organisation muß hier also sehr opferreiche Kämpfe führen, um eine Einrichtung, die im Buchdruckerbetriebe für ganz Deutschland als selbstverständlich gilt, zu erreichen. Sind derartige Zugeständnisse von den Unternehmern gemacht, so ist es doch selbstverständlich, daß sie auch die abgefallenen Verträge gehalten zu sehen wünschen; in andern Falle gelangen wir wieder zu Zuständen, wie sie zurzeit in Hamburg für die Holzarbeiter liegen. Die „Holzarbeiterzeitung“ hätte vor ihrer Stellungnahme prüfen sollen, was der Buchdruckerbetriebe in sich schließt.

Wir wollen, wie es auch seitens des „Korrespondenzblattes“ in dessen Schlusssatz geäußert ist, nur noch kurz bemerken, daß das Organ der „Korr.“, das wir nicht regelmäßig erhalten und welches seiner sonstigen Bedeutung nach auch jeden Interesses für uns erlangt, das „Verdienst“ für sich in Anspruch nehmen kann, mit den sozialdemokratischen Blättern in Solingen und Eberfeld am schärfsten und gehässigsten über den Berliner Fall geschrieben zu haben. Gönnen wir diesem Gewerkschaftsblatte den Ruhm, einer andern Gewerkschaft solche Knüppel zwischen die Füße geworfen zu haben!

Diesentigen, die von dem „Geheimzirkulare“ sich getroffen fühlen mußten, kranken aber nicht nur gegen den sozialdemokratischen Parteivorstand und die Generalkommission, sondern zogen „haltet den Dieb“ brüllend umher und suchten zwei besonders liebe Freunde zu verschlingen: das „Korrespondenzblatt“ und den „Korr.“. Beide sind in den Augen dieser eigenartigen Hüter des guten Tons nicht stubenrein, sollen das Schimpflegion nicht ohne Nutzen studiert und die Partei bei allerlei Gelegenheiten angegriffen haben. Dem „Korrespondenzblatt“ wurden wenigstens substantiierte Vorwürfe gemacht, über den „Korr.“ aber ward kurzerhand der Stab gebrochen. Das „Korrespondenzblatt“ hat sich dieser Vorwürfe für seinen Teil mit der Miene des Unverbesserlichen erwehrt, wir aber haben folgendes zu erklären: Wenn von gewissen sozialdemokratischen Organen — zu ihrer eignen Entschuldigung natürlich! — gesagt worden ist, der „Korr.“ habe „bis in die letzten Tage hinein“ gewissermaßen nichts Besseres zu tun gewußt als die sozialdemokratische Partei anzugreifen oder sich mit Parteiblättern herumzuschlagen, so sind das Behauptungen, die entweder von Sachkenntnis ganz ungetrübt sind oder — Schlimmeres. Bis zu dem Berliner Konflikt war nämlich fast ein Jahr vergangen, daß der „Korr.“ keinerlei Differenzen gehabt hatte mit Parteiblättern; und die Sozialdemokratie anzugreifen hatten wir um so weniger Veranlassung, weil wir auf die größtmögliche Respektierung der beiderseitigen Kompetenzen halten. Den Gewerkschaften, was den Gewerkschaften ist, und der politischen Arbeiterbewegung, was ihr gebührt, ist unser Grundsatz, der auch vollständig der parteipolitischen Neutralität unseres Verbandes entspricht. Das ist uns gegenüber auch von vielen Seiten anerkannt worden. Aber von dem Augenblick an, wo ein Teil der Parteipresse wieder in das alte Leiden zurückverfiel, sich in unsere inneren Angelegenheiten einzumischen, unsere Organisationsleitung und die Tarifrinstanzen anzugreifen oder direkt zu beschimpfen und in die Reihen des Verbandes die Brandfackel der Empörung zu werfen, da war für den „Korr.“ die Notwendigkeit der Abwehr gekommen. In dieser Lage hat sich der „Korr.“ gezwungenermaßen leider nur zu oft befunden, und selbst der radikalste Redakteur, der bis jetzt bei uns am Ruder gewesen, Gafsch, hat gegen solche wirklichen Angriffe schwer vom Leder gezogen. Es ist also entschieden zu verurteilen, wenn jetzt jede berechnete Abwehr von unserer Seite in Angriffe des „Korr.“ umgedeutet werden. Mit solchen Mitteln sollte denn doch nicht gearbeitet werden, denn dadurch legt man Differenzen nicht bei.

Daß bei solchen unliebsamen Auseinandersetzungen es nicht ohne Kant und scharfe Ecken abgeht, ist begreiflich. Regien sagte ja auch auf dem Dresdener Gewerkschaftskongresse bei Erwähnung der Abwehrpolemiken des „Korrespondenzblattes“ gegen einzelne Parteischriftsteller, daß mit Seide kein grober Saß genäht wird. Wir sind nicht etwa in Eigensinn, Rechthaberei oder Unfehlbarkeitsdünnelei verfallen und stehen daher nicht an, zu erklären, daß uns „in begreiflicher Empörung einmal die Feder ausrutschte“, wie die „Leipziger Volkszeitung“ zur Entschuldigung der Organe in Elberfeld und Solingen sagte, von denen das erstere auch „Ausrechnungen“ zugab, während das Solinger nach Kenntnis des „Geheimzirkulars“ noch sich als getränkte Unschuld aufspielte, obwohl es um die nämliche Zeit von dem Organe der Steinseher sich noch sagen lassen mußte: Qualitativ war das, was dieses Parteiorgan gegen die Organisation der Buchdrucker geschrieben, viel schlimmer, als was jemals der Reichsligenerverband gegen die Gewerkschaften geschrieben hat, sowohl was die Tonart anbetrifft und vor allen Dingen deshalb, weil es ein Arbeiterblatt war, das in solcher Weise schrieb, und weiter wegen der bekannten Ablehnung einer Erwiderung des Vorstandes unseres Solinger Ortsvereins:

Eine solche Handlungsweise muß den schärfsten Protest aller Arbeiterorgane hervorgerufen. Das ist nicht mehr demokratisch und ganz und gar nicht sozialdemokratisch gehandelt. Das ist vielmehr ein arger persönlicher Mißbrauch eines von der Partei übertragenen Vertrauensamts durch die Personen, die die Redaktion dieses Blattes bilden.

In dem Falle, den wir im Auge haben, erging es uns aber genau so wie dem „Korrespondenzblatt“, dem in erster Linie vom „Vorwärts“ das „Sündenregister“ vorgehalten wurde. Und wir können da mit dem „Korrespondenzblatt“ gegen den „Vorwärts“ und die andern Parteiblätter, zugleich aber auch gegen das gewerkschaftliche Zentralorgan selbst wegen des uns von ihm erteilten Mißfalls zu unserer Rechtfertigung sagen:

Wir gestehen dem „Vorwärts“ gerne zu, daß uns unsere Auslassungen in diesen Polemiken in guter Erinnerung sind, da wir sie noch jetzt öfters mit großer Befriedigung lesen. Soweit darin ein scharfer Ton ange schlagen wurde, erklärt sich dies aus den damaligen Situationen (lies in unserm Fall: aus der jetzigen Situation. Neb. d. „Korr.“), in denen wichtige Gewerkschaftsinteressen gefährdet waren.

Damit dürfte sich wohl die Geschichte gehoben haben! Wir wollen diesen größeren Teil des Finales über den Berliner Fall trotz der gemachten Erfahrungen dennoch in die Hoffnung ausklingen lassen, daß der Tadel und der Appell des sozialdemokratischen Parteivorstandes wie der Generalkommission an jenen Stellen doch nicht ohne Wirkung bleiben. Dann sind auch wir einer solchen wahrlich kein Vergnügen bereitenden Abwehr in Zukunft überhoben.

Haben wir bis jetzt diese Schlußbetrachtungen über den Berliner Konflikt nach dem Grundsatz sine ira et studio gehalten, so wollen wir uns bei dem Folgenden nicht minder von dieser löblichen Übung leiten lassen. Kollege Döblins Lehren aus diesem Falle möchten wir für die Kollegenschaft noch im speziellen erweitern, und zwar was ihre eigne Stellungnahme dazu anbelangt. Die Versammlungen, die sich mit dem Berliner Konflikt beschäftigten, sind dem Eingange der Berichte nach zu schließen nun beendet, und das ist gut so, denn die Tarifrevision gebietet, damit Schluß zu machen. Fahren wir uns bei dem Bedauern, daß diese Versammlungen zum Teil gar nicht gut besucht waren, daß über so viele Stimmhaltungen berichtet werden mußte und nicht selten jede Sachlichkeit und objektive Beurteilung zu vermissen war, nicht lange auf, sondern kommen wir zu dem Botum der Kollegenschaft selbst. Es sind das keine unnützen Zahlenfunktstücke, sondern aus diesen Ziffern ergibt sich eine Lehre, die ganz besonders in Berlin Beherzigung verdient. Wenn man das Adressenverzeichnis unserer Organisation zur Grundlage nimmt, so haben wir 476 Mitgliedschaften, Bezirksvereine und Gauen. Es will nicht viel scheinen, daß nach einer von uns genau geführten Statistik nur 205 davon Stellung genommen haben zu den Berliner Vorgängen. Tatsächlich ist ihre Zahl aber ganz erheblich größer. Es kommt zunächst eine Reihe von Orten hinzu, die keine Beschlüsse gefaßt haben in ihren Versammlungen und deshalb von unserer Statistik ausgenommen sind. Dann hat sich in zwei Gauen eine besondere Stellungnahme der Mitgliedschaften fast erübrigt durch Gutheißung der Maßnahmen der Verbandsleitung durch die betreffenden Gantage. Auf eine ganze Anzahl von Bezirksversammlungen trifft dies gleichfalls zu, und ferner haben in nicht wenigen Orten, wo ein besonderer Referent diese Angelegenheit behandelte, auch die umliegenden Mitgliedschaften teilgenommen. Auch ist der Redaktion verschiedentlich von kleinen Mitgliedschaften mitgeteilt worden, daß eine Stellungnahme sich erübrige, da die Kollegen sämtlich dem Standpunkte der Gauvorsteherkonferenz beipflichteten. Alles das kommt in der Zahl 205 nicht zum Ausdruck, auch nicht, daß selbst in den Orten, wo man aus diesem oder jenem Grunde sich nicht einverstanden erklärte mit den zur Wahrung unserer Vertragstreue wie zur Hochhaltung der Disziplin getroffenen Maßnahmen, doch fast durchweg das Vorgehen der Rotationsdrucker Beurteilung fand. Wenn wir trotzdem nur mit der Ziffer 205 rechnen, so genügt sie eben vollkommen zur Feststellung des Gesamturteils. In 170 Fällen gleich 83 Proz. hat nämlich die Abstimmung die Anerkennung des von der Gauvorsteherkonferenz eingenommenen Standpunktes ergeben! 18 mal (8,7 Proz.) fiel sie zugunsten der Berliner Auffassung aus, und in 17 Fällen (8,8 Proz.) entschied man halb so und halb

so. Die Behauptung, die Großstädte hätten sich auf die Seite Berlins gestellt, die Provinz hingegen der Stellungnahme der Gauvorsteher sich angeschlossen, erweist sich schon an diesem Abstimmungsverhältnis als irrig. Wir wollen jedoch, um alle Zweifel und Einwände zu beheben, noch in besonderen feststellen, daß von den nach Abzug der ihrer Einwohnerzahl nach als Großstädte geltenden Berliner Vororte (sowie von Altona, Mülheim (Ruhr) und Hamburg) verbleibenden 41 wirklichen Großstädten vier merkwürdigerweise keine Stellungnahme beliebten, so daß 37 Großstädte verbleiben, die für diese Unterscheidung zwischen Provinz und Großstadt in Betracht kommen. Und da haben denn 11 = 30 Proz. sich gegen die Gauvorsteherkonferenz erklärt, 21 = 57 Proz. aber dafür, die übrigen fünf liegen fünf gerade sein und halbierten ihre Gunst. Das Botum der Kollegenschaft ist im allgemeinen also so ausgefallen, wie es das Verbandsinteresse gebot und wie es sich für eine vertragstreue Organisation gehört. Es ist nicht etwa Berlin ausgespielt worden gegen die Provinz, sondern diese und die Großstädte haben damit ein Urteil abgegeben, das sicher nicht für diese Berliner Extratour allein gilt. Möchte diese Lehre in der Berliner Kollegenschaft dazu beitragen, daß das Bestreben, mit der GesamtKollegenschaft im Kontakte zu bleiben, dort nun entschieden die Oberhand gewinnt! Es gibt kein zweierlei Verbandsinteresse, und wenn die besonderen Verhältnisse Berlins draußen im Reich Verständnis finden, so haben die Berliner Kollegen wohl Ursache, alle die Erwartungen zu erfüllen, die die übrige Kollegenschaft auf sie setzen muß, und dazu bieten sich Gelegenheiten genug. Soll jetzt kein Stachel zurückbleiben, dann muß auch diesen Erwartungen künftig entsprochen werden.

Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß nunmehr auch in der Hilfsarbeiterorganisation die Berliner Affäre ad acta gelegt worden ist. Die Mitgliedschaften haben sich auch dort überwiegend auf die Seite ihres Verbandsvorstandes gestellt. Dieser selbst sowie die Redaktion der „Sozialität“ haben aber von ihren Berliner Mitgliedern alles andre denn eine objektive und vom Organisationsinteresse diktierte Behandlung erfahren. Geteilter Schmerz ist auch hier halber Schmerz: bei uns war es auch nicht anders. Aber in einer Zeit, wo sich Parteigrößen wie Rosa Luxemburg und Karl Kautsky die herbsten Sottisen sagen über herabsehende Kritiken und freudloses Spiel gegen das Wohl der Partei, wollen auch wir uns ob solcher ungerechten Vorwürfe nicht zu Tode grämen. Daß der Gutenbergbund resp. der „Typograph“ den Berliner Konflikt weidlich benutzten, um der Prinzipalität zu „beweisen“, wie schlecht sie mit dem Verbandsrat beraten ist, „wo so etwas“ vorkommt, trotzdem der Bund selbst zwei Teilhafter an diesem Tarifbruch aufzuweisen hatte, brachte in die bedauerlichen Vorkommnisse wenigstens ein erheiterndes Moment.

Lassen wir denn damit das Finale verklingen (der folgende Artikel findet nur Ausnahme, weil darin ein Berliner Kollege einen nach unserer Ansicht angebrachten Appell an jenen Teil der Berliner Kollegen richtet, der sehr wohl eines besseren Standpunktes sich befleißigen könnte) und den Vorhang über ein Schauspiel fallen, das keine erhebende Wirkung auszulösen vermag. Denn schon haben unsre Ohren in gar kräftigen Tönen die Duvertüre zu den Tarifberatungen vernommen.

Die Veröffentlichung der Anträge zur Tarifrevision in Nr. 98 hat uns jedenfalls gezeigt, daß das, was sich in den nächsten Wochen ebenfalls in Berlin abspielen wird, die größte Einigkeit und Geschlossenheit erfordert. Aber auch ein volles Erfassen der Situation! So mancher hat trotz der mehrfachen bedrohlichen Anzeichen der letzten Jahre ruhig weiter geträumt. Die Lethargie ist bei vielen Kollegen absolut nicht zu vertreiben gewesen. Auch unser im Herbst vergangenen Jahres in recht deutlicher Fraktur gehaltener Artikel „Wie lange noch?“ vermochte nicht alle aus ihrem tiefen Schlummer zu erwecken, an die er sich wandte. Leider ist es ja keine seltene Erscheinung, daß solche Mitglieder durch irgendetwas doch einmal aufgeschreckt werden,

um dann in das strikteste Gegenteil zu verfallen. Und da sie seither sich so gut wie um nichts gekümmert haben, sich nicht ein- und auskennen in der gegebenen Situation, so können sie, die sonst allzeit Ruhig und Indifferenten, es fertig bringen, eine Beunruhigung herbeizuführen, die in Momenten, wo es erst recht gilt, kaltes Blut zu bewahren, sicherlich nicht von Nutzen ist. Wir möchten daher dringend warnen, in diesen Fehler bei früheren Tarifrevisionen zu verfallen! Ganz richtig schrieb das Verbandsorgan im Jahre 1906, als von einigen Zeitungsverlegervereinen wenige Wochen früher wie jetzt die Lösung ausgegeben wurde: keinen Groschen und keine Minute! und als auch außenstehende Kreise sich bei unsern Kollegen als Stimmungsmacher versuchten, das Folgende:

Nun schließen wir ja nicht das erstmal mit den Prinzipalen einen Tarif ab, und bürsten wir somit über das Zustandekommen eines solchen einiges gelernt haben. Wenn es an dem ist, wie wir annehmen, dann wissen wir auch, daß die allgemein-wirtschaftlichen und die gewerblichen Verhältnisse die Grundlagen abgeben, auf denen ein Tarifvertrag sich erheben kann. Wir nehmen sogar an, daß es Kollegen gibt, die die dafür von uns unzählige Male gegebene Begründung auch gelesen haben. . . . Wenn das nun alles so zutreffen sollte, wie wir leichtsinnigerweise annehmen, dann weiß die Gehilfenschaft auch, daß für den Ausgang einer Tarifrevision nicht die Stärke der Sprache, sondern die Macht der Tatsachen entscheidend ist. Es ist noch ein Überrest aus der Zeit schwach entwickelter Gewerkschaften, daß man desto lauter schrie, je ohnmächtiger man war. Das hat sich mit dem Wachstum der Gewerkschaften sehr glücklich geändert, wenn auch nicht überall. . . . Die organisierte Gehilfenschaft ist bei der diesjährigen Tarifrevision eine Macht, die sich überflüssige Redensarten eripieren kann, weil sie weiß, wo ihre Macht sitzt, die sie unter Berücksichtigung des vorher Gesagten bis zum Äußersten zur Geltung bringen wird.

Wir möchten diese zutreffenden Worte bringen und jetzt zur allgemeinen Beherzigung empfehlen. Wenn die Kollegen die von den Prinzipalen gestellten Anträge gelesen haben, so werden die, die auf dem laufenden geblieben sind, die die vielen Hinweise und Auslassungen über den Ernst der Situation, die Erklärungen und Stellungnahmen der Sachverständigenkonferenzen und der Generalversammlung nicht als bloße Phrasen oder als unnützes Gerede aufgefaßt haben, bestätigt finden, was bei jeder Gelegenheit von unsern berufenen Organen im Hinblick auf das Jahr 1911 gesagt worden ist. Für diese Kollegen sind ja auch die mehr als 80 Artikel der Redaktion allein zu den grundsätzlichen Fragen der diesmaligen Tarifrevision — die die materiellen Interessen behandelnden sollen ganz außer Betracht bleiben — seit dem vorigen Jahre nicht umsonst geschrieben. Sie werden darum auch die Prinzipalsanträge als das betrachten, was sie sind, nämlich Anträge. Zum Beschließen gehört aber auch die Gehilfenspartei, und was unsere Anträge besagen, ist ja immer hübsch gleich darunter zu lesen. Jede Partei versucht eben möglichst viel für sich herauszuschlagen, und wenn die Gehilfensanträge sich in ihrer Form und ihrem Inhalte nach von den Prinzipalsanträgen so abheben, dann darf auch nicht übersehen werden, daß bei uns weitergehende Anträge gerade genug gestellt worden sind, daß sie aber nicht die notwendige Unterstützung von den vorgeschriebenen vier Tarifkreisen fanden. Und das ist gut so gewesen. Wie unsere Anträge jetzt lauten, werden damit die Interessen der Gehilfenschaft in weitestem Maße wahrgenommen. Die Bemerkung in dem Geschäftsberichte des Tarifamts, daß die Gehilfenschaft Anträge gestellt habe, die zum Teil arg über das Maß des Möglichen und Zulässigen hinausgehen, kann sich und soll sich auch wohl nicht auf die veröffentlichten Anträge von unserer Seite beziehen.

Wir wollen uns gegenwärtig nicht weiter über die Prinzipalsanträge äußern. Das steht aber fest, die „wesentlichen grundsätzlichen Wünsche“ der Prinzipale, wie es in der Resolution ihrer Hamburger Generalversammlung heißt, finden an den wesentlichen grundsätzlichen Wünschen der Gehilfen einen Willenbrecher. „Wir haben ebenso wesentliche grundsätzliche Wünsche und deklarieren unsere Interessen ebenfalls als berechtigte“, schreiben wir in unserm Schlußartikel über „Berlin—Hamburg—

Hannover“; diesen Standpunkt werden auch die Gehilfenunterhändler einnehmen.

Lassen wir uns also durch diese Ouvertüre zu den Tarifverhandlungen nicht beunruhigen oder gar schrecken. Die Tarifgemeinschaften sind kein Ausfluß von Gefühlspolitik, sondern sie bauen sich auf höchst realen Tatsachen, Erwägungen und — Erfahrungen. Die neuerlichen Tendenzen in der Entwicklung des Tarifvertragswesens, worauf wir demnächst zu sprechen kommen werden, Lehren das immer mehr. Andre Gewerkschaften wissen davon manches zu erzählen. Wenn wir zu den Metallarbeitern hinschauen, wo man vor einem Riesenkampfe steht und das Kräftemessen im großen Umfange schon verschiedentlich begonnen hat, und wir nehmen trotzdem dort eine wirklich imponierende Ruhe wahr, dann muß uns das ein Anschauungsunterricht sein, im festen Vertrauen auf unsre Führung ebenso ruhig den kommenden Dingen entgegenzusehen.

Eine falsche Auffassung.

Im Hinblick auf die Berliner Vorgänge ist unter manchen Kollegen die Ansicht verbreitet, das Tarifamt, den Zentralvorstand und vor allem den „Korr.“ am wirksamsten dadurch zu bekämpfen, daß man den letzteren nicht abonniert bzw. abbestellt. Ja, man begnügt sich damit nicht allein, man sucht ihm auch trübende Abonnenenten abzugeben! Man spricht davon, daß der „Korr.“ zum Unternehmerorgan ausgewechselt sei, daß er die Interessen der Gehilfenschaft verrate usw.

Eine solche Redeweise ist nicht nur ein Zeichen für das Fehlen bestimmter Charaktereigenschaften und Naturanlagen, sie ist für solche Kollegen selbst ein Schlag ins Gesicht. Sie zeigt aber auch den Mangel innerer Aufrichtigkeit und ist ferner ein Zeichen von Schwäche. Entsprechend die Beschuldigungen gegen den „Korr.“ der Wahrheit, dann wären seine Redakteure wert, auch nicht eine Stunde mehr in ihrem Amt gelassen zu werden. Die bloße Boykottierung des „Korr.“ wäre dann eine Halbheit.

Daß solche Vorwürfe über das Ziel hinausschießen, ist wohl allen klar. Sie sind daher nichts weiter als leere Redensarten, die oft nur zur Bemäntelung der eignen sträflichen Interesslosigkeit dienen.

Ich habe nicht die Absicht, den „Korr.“ irgendwie in Schutz zu nehmen. Seine Wahrnehmung der Gehilfensinteressen macht gelegentlich der Berliner Vorgänge einen recht sonderbaren Eindruck. Man ist in einem Gewerkschaftsorgan andres zu lesen gewöhnt. Der „Korr.“ spielte den Kollegen gegenüber mehr die Rolle des züchtigenden Schulmeisters, als eines Beraters und Führers. Die Taktik hätte zweifellos eine mehr den Arbeiterstandpunkt wahrnehmende Schreibweise zugelassen, wenn es auch begreiflich ist, daß der erste Schreck und Zorn über den Tarifbruch der Rotationsmaschinenmeister den korrekten Tariftrahenten über den Gewerkschaftler triumphieren ließ. Aber das eine muß dem „Korr.“ zugestanden werden, daß er glaubte, mit seinen Maßnahmen der Organisation und der Allgemeinheit zu dienen. Wenn er sich hierbei in der Wahl seiner Mittel vergriffen, so ist es das Recht und die Pflicht der Kollegen, ihm ihre Meinung entgegenzusetzen. (Wenn der Berater und Führer aus Urache, die der Artikelschreiber ja noch selbst erwähnt, eben kein Gehör mehr findet, dann muß einmal ein andrer Ruck angegangen werden, und sei es der eines „züchtigenden Schulmeisters“. Hier galt es nicht mehr, auf den mehr oder weniger falschen Arbeiterstandpunkt einzelner Rücksicht zu nehmen, sondern die gefährdeten Interessen der Organisation wahrzunehmen. Daß wir dies getan, bestätigt uns das Urteil des weitest um größten Teils der Gesamtkollegenchaft. Neb.)

Grundsätzlich ist es aber, in der Ignorierung unseres Verbandsorgans das Mittel zu suchen, den „Korr.“ in die richtigen Bahnen zu lenken. Nicht dadurch kann ich mit jemand zu einer Verständigung gelangen, daß ich mich von ihm abwende, sondern indem ich mit ihm unterhandle. Zudem sind die paar Männer am „Korr.“ nicht die allein Interessierten, sondern der Verband in seiner Gesamtheit, nicht zuletzt die Boykottierer selbst. Der „Korr.“-Boykott, von Verbandsmitgliedern ausgeübt, wirkt genau so lächerlich, als wenn sich jemand selbst eine Ohrfeige gibt.

Ich glaube wohl nicht sehr zu gehen in der Annahme, daß die bewußten Vorgänge für alle diejenigen eine willkommene Gelegenheit boten, die schon von jeher vom „Korr.“ nicht mehr als den Namen kannten. Sie konnten dem ewigen Drängen und Mahnen, auch dem Verbandsorgane gegenüber ihre gewerkschaftliche Pflicht zu erfüllen, jetzt wieder einmal ihre „prinzipielle“ Gegnerschaft zum Ausdruck bringen. Damit ist ihr Bewußtsein beruhigt, sie stecken weiter den Kopf in den Sand und lassen sich in ihrer Ruhe nicht stören.

Wo waren denn all die Unentwegten, als der „Korr.“ sich noch allseitiger Zufriedenheit und Anerkennung erfreute? (Und das war laut Zuschriften selbst aus Berlin noch bis zum 17. Juni, also bis zu dem Berliner Konflikt, der fall. Red.) Sie lasen ihn zwar auch nicht, aber sie drückten sich höchst zur Seite, wenn die Rede auf ihn kam. Das letztere sollten diese Kollegen heute auch tun,

anstatt den Mund aufzureißen und auf ihr eignes Organ zu schimpfen, das sie gar nicht kennen.

Aber die Sache verdient noch eine andre Beleuchtung. Gewöhnlich sind die Nichtler des „Korr.“ treue Abonnenten der Sensations- und Klatschpresse. Alle die Arbeiterangelegenheiten betreffenden Fragen sind ihnen daher mehr oder weniger fremd. Zur Bildung eines eignen Urteils sind sie außerstande, ihre Meinung und Überzeugung schwankt mit den jeweiligen Stimmungen ihrer Umgebung. Am liebsten ist es ihnen, wenn sie mit der Erörterung ernster Fragen verschont bleiben. Meistens nur mit dem nacten Minimum entlohnt, konzentriert sich ihre Aufmerksamkeit auf sportliche und vergnügliche Veranstaltungen, bei denen sie fast immer insolge ihrer Mittellosigkeit nur die Rolle des sehnstchtig zuschauenden Statisten bilden.

Gerade diesen Kollegen tut es bitter not, sich mehr um ihre eignen Angelegenheiten zu kümmern. Durch ihr passives Verhalten den eignen vitalsten Interessen gegenüber erleichtern sie den Scharfmachern und Nachfolgern im Gewerbe ihre Arbeit, der Organisation unausgesetzt Kräfte zwischen die Beine zu werfen.

Die Tarifrevision erfordert von jedem, der Verbandsmitglied sein will, das lebhafteste Interesse. Es ist unverantwortlich, in solchen Zeiten sich selbst des einzigen Aufklärungs- und Informationsmittels zu entäußern; aber verwerflich ist es, gar noch gegen den „Korr.“ zu agitieren. Die das tun können, sind weit eher Verräter der Kollegen und Förderer von Unternehmerinteressen. Diese Sorte „Verbandsmitglieder“ dünkt sich vielleicht als munder wie forsche Opponenten, ohne es zu ahnen, daß sie die Schellenstappe des Narren tragen. Es ist zu wünschen, daß der gesunde Sinn der Kollegen dafür sorgen wird, daß die Tätigkeit solcher „Mitglieder“ wirkungslos bleibt, indem ihnen bei etwaigem Begegnen gehörig auf die Finger geklopft wird.

Aus solchen Zuständen heraus entwickeln sich dann weitere falsche Auffassungen, die alles andre nur nicht proletarisches Empfinden bekunden. Eine davon war die Forderung um Gewährung von Rechtsschutz, um gegen das Tarifamt klagbar vorgehen zu können. Wie ein kalter Wasserstrahl dürfte diese Tatsache auf manche gewirkt haben, die sonst kritisch auf der Seite der Opposition standen. Wie nun aber, wenn man sein vermeintliches Recht auch vom bürgerlichen Gerichte nicht zugesprochen erhält? Dann kommt zum Schaden noch der vollauf verdiente Spott.

Es ist immer etwas Beschämendes, wenn wir uns selbst der mitgeschaffenen Institutionen, Gesetze und Einrichtungen wie der Informationsquelle „Korr.“ entziehen. Das müßte jedem Arbeiter, vor allem aber uns aufklärten Buchdruckern zum Verstummen kommen. Wer anders fühlt und denkt, dem ist das Wesen der Gewerkschafts- wie der Arbeiterbewegung überhaupt vollständig fremd und unbekannt. U. Schmidt.

Verkürzung der Arbeitszeit.

Angeregt durch den Artikel über die Verkürzung der Arbeitszeit in der Nr. 91 möchte auch ich einige Zeilen darüber schreiben. Leider ist noch ein großer Teil von Kollegen vorhanden, der gern eine Verkürzung der Arbeitszeit sähe, der aber dennoch — man kann es ihnen nachfühlen — das finanzielle Ergebnis der diesjährigen Tarifberatungen in den Vordergrund stellt. Erfreulicherweise denken aber nicht alle so, sondern es ist eine Richtung vorhanden, die die Arbeitszeitverkürzung mehr betont. Vor allen Dingen sollten wir es doch als unsere Pflicht betrachten, für unsere Arbeitslosen zu sorgen. Nicht etwa, daß wir herkommen und möglichst hohe Unterstützungssätze zahlen, sondern daß wir dazu beitragen helfen, ihnen mehr Arbeitsgelegenheit zu verschaffen. Dieses ist meines Erachtens nur durch die Verkürzung der Arbeitszeit zu erreichen.

Erst wenn die Zahl der Arbeitslosen auf ein erträgliches Maß gesunken, käme es nicht so oft vor, wie es heute sehr viel der Fall ist, daß das übliche Minimum zum Maximum erhoben wird, und daß gerade, wie all-gemein bekannt sein dürfte, dieses Übel am meisten in den größeren Abzindruckereien eingewurzelt ist. Wird doch ein jahrelanger Minimumkollege vorstellig wegen einer Zulage, dann wird mit der Schulter gezuckt: „Es tut mir leid, es war ein schlechter Geschäftsgang“, und was es sonst noch für Beschuldigungsreden gibt. In Wirklichkeit liegt die Sache aber so, daß man zu jeder Zeit genügenden Ersatz haben kann, wenn ein Kollege die Konsequenzen ziehen sollte.

Wäre nun der Arbeitsmarkt nicht so sehr überladen, dann würde es ihm ein Leichtes sein, dies zu tun und seine Lage zu verbessern. So aber trübt er sich damit, einen besseren Zeitpunkt abzuwarten, wo sich ihm die „Gelegenheit“ bietet, sich zu verbessern. Aber dabei bleibt es gewöhnlich, denn er steht von Jahr zu Jahr das Arbeitslosenheer sich vermehren und die „Gelegenheit“ zum wirklichen Verbessern schwindet folglicherweise immer mehr — und er muß aushalten, will er die Existenzfähigkeit seiner Familie nicht untergraben.

Daß dieses sehr demütigend auf die Kollegen wirkt und sie mit der Zeit gegen vieles abgestumpft werden, wird ein Kenner der Verhältnisse mir nicht abstreiten wollen.

Nun zu den andern Gründen, welche mich zum Niederschreiben dieser Zeilen bewegt haben. Da habe ich für das erste die durchgehende Arbeitszeit im Auge, welche durchgeführt werden könnte und die es sehr vielen Kollegen ermöglichte, nach den Vororten zu ziehen und für be-

bedeutend weniger Geld dort zu wohnen als in der Stadt, so daß wir allein hierdurch schon eine annehmbare finanzielle Besserstellung erreichten. Manchem Kollegen, welcher Sinn für Natur hat, würde es sogar möglich sein, ein kleines Stück Land zu pachten und hier noch seinen Vorteil herauszugiehn.

Ereiden wir eine nennenswerte finanzielle Besserstellung unsrer Lage, so ist uns allerdings fürs erste damit gebietet; sind aber erst wieder einige Jahre ins Land gezogen, so stehen wir in finanzieller Beziehung sicher wieder auf demselben Standpunkte wie augenblicklich. Aber halten wir uns einmal die Vorteile einer Arbeitszeitverkürzung vor Augen, so muß sich ein jeder sagen, daß eine solche Ertragserschaft von liebensdem Wert ist.

Mögen unsre Vertreter es daher als ihre Pflicht betrachten, unsre finanzielle Besserstellung und die Arbeitszeitverkürzung als gleichwertige Faktoren bei den Tarifberatungen zu behandeln.

Hannover.

se.

Zum Thema Saisonarbeiter.

Der Artikel des Kollegen H. W. in München dürfte einem nicht zu geringen Teil der Kollegenschaft aus dem Herzen gesprochen sein. Zwar stehe ich der Ansicht des Kollegen H. W. in bezug auf Erfüllung sehr pessimistisch gegenüber, aber die Sache läßt sich doch keineswegs so von der Hand weisen. Eine Redaktionsanmerkung zu jenem Artikel besagt nun, wenn Ausbittlungsbedingungen besser bezahlt werden müßten, würden Einstellungen mehr vermieden. Das möchte ich sehr bezweifeln. Denn bei einem Wettmachen durch Überstunden hat der Prinzipal immer noch Schaden. Aber abgesehen davon, ginge das ja noch an, wenn nur ein Mann benötigt wird. Wie sieht es aber z. B. in Fahrplanbetrieben aus, wo oft verschiedene Ausbittler benötigt werden und man da auch am liebsten noch Spezialarbeiter haben möchte? Da haben einjährige Prinzipale ja schon immer aus eigener Initiative über Minimum gegahlt.

Wenn nun, wie eben erwähnt, viele Prinzipale aus eigener Erkenntnis bei Ausbittlern mehr zahlen, wenn auch oft nur 1 oder 1,50 Mk., warum soll man denn da nicht dem andern Teil auch einen derartigen Vorschlag machen können? Der Prinzipal kann einen Minimumstuntler verlangen, der Gehilfe aber keine Überminimumstuntler. Diese Medaille hat doch auch nicht bloß eine Seite.

Saarbrücken.

X.

Volkswirtschaftliches.

Zunehmende Teuerung!

In einigen Tagen fährt es sich, daß dem „Korr.“ ein besondrer volkswirtschaftlicher Teil hinzugefügt wurde. Dieser Erweiterung des Inhalts wurde vor einem Jahre begrüßt, wie eine ganze Anzahl von schriftlichen und persönlichen Äußerungen erkennen ließ, und heute, wo inzwischen 17 volkswirtschaftliche Artikel erschienen sind, wird über die Notwendigkeit dieser Rubrik kein Wort mehr zu verlieren sein. Wie zur Einführung bemerkt, sollte an dieser Stelle vorzugsweise der Gestaltung der Lebensmittelpreise größere Aufmerksamkeit gewidmet und den Ursachen einer sich immer mehr ausbreitenden Teuerung nachgegründet werden. Das ist bis jetzt in zehn von den sieben Artikeln insgesamt geschehen. Erfolgreich also hauptsächlich in Hinblick auf die Tarifrevision von 1911 dieser inhaltliche Ausbau des Verbandsorgans, so ist wohl mit zehn Artikeln, denen bis zu den Tarifverhandlungen noch etliche folgen werden, dem Haupterfordernisse bei einer Revidierung des Tarifs genügend Rechnung getragen worden. Wenn der neue Tarif unter Dach und Fach und ruhigere Zeiten auch der Redaktion mehr Zeit zu einer vielseitigeren Behandlung volkswirtschaftlicher Fragen und Vorgänge lassen, dann kommen wir hoffentlich auch dahin, diesen Teil des „Korr.“ zu dem werden zu lassen, was sein eigentlicher Zweck ist, nämlich unsre Kollegen auf diesem wichtigen Gebiete mit größerer Sachkenntnis auszurüsten.

Wir haben mit besonderem Bedachte davon Abstand genommen, an örtliche Preisverhältnisse den Maßstab einer allgemeinen Bewertung zu legen. In dieser Beziehung hat das Prinzipalorgan einen gerade entgegengesetzten Standpunkt eingenommen und konnte denn auch mit derartigen Exemplifizierungen wenig Glück haben. Nachdem die „Zeitschrift“ vor einiger Zeit die Lebensmittelpreisgestaltung in Leipzig seit 1. 06 zum Vergleich herangezogen, unternahm sie am 28. Juli d. J. mit Berlin einen abermaligen Versuch. Es handelt sich zwar um amtliche Feststellungen, aber die Anzahl der aufgeführten Lebensmittel ist so gering, daß die „Zeitschrift“ selbst diesen Zahlen keine andre Bedeutung als die „nur eines oberflächlichen Überblicks“ beimißt. Darauf lassen sich keine Durchschnittsberechnungen bauen; es ist daher ziemlich zwecklos, von Leipzig eine Verteuerung um 5,2 Proz., von Berlin eine solche von 5 Proz. herauszurechnen. Im vergangenen Jahre nahm sich das Prinzipalorgan die Fleischpreise der Kruppischen Konsumanstalt als Beispiel heraus. Wir nannten das damals an dieser Stelle eine verkehrte Methode: „Ein einzelner Ort kann kein allgemeines Bild abgeben, und Konsumanstalten sind am wenigsten geeignet, solchen wichtigen Vergleichen als Basis zu dienen, weil sie stets eine vorteilhaftere Preisgestaltung aufweisen werden, was ja doch auch der Zweck ihrer Betätigung ist.“ Wie sehr damit das Richtige getroffen wurde, mag der Umstand bezeugen, daß für das Jahr 1910 nach den amtlichen Preisnotierungen für den Kleinhandel in Essen der wöchentliche Nahrungsmittelaufwand sich auf 24,58 Mk. belief und damit um 3,31 Mk. höher war

als der nach den Lebensmittelpreisen der Kruppischen Konsumanstalt für 1910 berechnete! In Essen besteht noch ein auf genossenschaftlicher Grundlage beruhender großer Konsumverein „Eintracht“. Dieser hat eine seit 1909 eingetretene Erhöhung der Brotpreise um 3 Pf. für das Kilogramm nicht mitgemacht. Die Mitglieder dieses Konsumvereins wirtschaften daher einschließlich des Wertes des Mehrgewichts beim Brot und bei dem Weizengebäck, durch die Umfängerübergütung sowie die Nichtbeteiligung an der Preissteigerung jährlich die hübsche Summe von 42193 Mk. für sich heraus. Konsumvereine sind also ziemlich untaugliche Beweismittel für die Verteuerung des Lebensunterhaltes, weil sie eine solche nach größter Möglichkeit hintanhaltend müssen, was der Kleinhandel naturgemäß nicht kann, denn dieser folgt direkt den Engrospreisen und verteuert sie noch entsprechend den Wepflogenheiten des Zwischenhandels. Der jedoch von der Möglichkeit der Konsumvereine unter unsern Mitgliedern noch nicht überzeugt ist, dem mögen die hier von Essen gegebenen Zahlenkontraste endlich den Weg weisen, wohin er zu seinem Vorteile die Schritte zu lenken hat, den Lebensmittelpreis seiner Familie zu decken. Ganz besonders zur Zeit einer immer schärfer zunehmenden Teuerung!

In Nr. 93 wurde am Schluß eines Aufsatzes über die Lebensmittelpreise im ersten Halbjahre 1911 gesagt, die nächste und fernere Zeit werde noch arge Verschlimmerungen bringen. Eine solche Prophezeiung ist angesichts einer beispiellos andauernden großen Hitze und Trockenheit wie in diesem Sommer allerdings kein Kunststück. Man muß schon jedes Empfinden dafür wie schwer ein Notgeit wie die im starken Anzuge befindliche gerade den Arbeiterstand trifft, verloren haben, wollte man wie die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ vom 10. August in einem fort predigen, daß zu Verhängungen und Besorgnissen kein besonderer Anlaß vorliegt, vielmehr dadurch erst die einem Preissteigerungsvorgänge günstige „Marktmeinung“ geschaffen werde. Wenn wir dieses sogenannte Arbeiterblatt betrachten, das jede namentlich die unteren Volksschichten betreffende Belastung und Bedrückung durch von Sonderinteressen diktierte Zölle, Ausfuhrprämien und Verbrauchssteuern in Wohlthaten zu verwandeln versteht, sagen wir uns immer: Muß das ein vernagelter Lesezettel sein, dem so etwas geboten werden kann! An einem markanteren Vergleiche wie dem nachfolgenden ist kaum noch die das Maß des Erträgliches schon weit übersteigende rückgrittliche Tendenz dieses sich so gern, aber auch ebenso unbefugt mit Widersprucherlegenheiten befassenden „Arbeiter“blattes darzutun. Das sich allgemein kräftig nach rechts entwickelnde nationalliberale „Leipziger Tageblatt“ brachte nämlich einige Tage später, am 26. August, einen „Der Kampf gegen die Teuerung“ überschriebenen Beitaritel, dessen Hauptzitate lauten:

Die allgemeine Lebensmittelpreissteigerung rückt in bedrohliche Nähe. Alle Anzeichen geben den Befürchtung Raum, daß sie einen ungewöhnlich hohen Grad erreichen und nicht nur die Privatwirtschaften aufs schwerste belasten, sondern auch für die gesamte Gewerbetätigkeit im Reiche verhängnisvoll werde.

Wie schon jetzt mit Sicherheit festgestellt werden kann, ist es weniger die Brotgetreideernte als die Ernte an Hackfrüchten und Futtermitteln. . . . Bei den nahen wechselseitigen Beziehungen zwischen der Getreideernte einerseits und der Futtermittelernte andererseits kann es aber nicht ausbleiben, daß auch das Brotgetreide der allgemeinen Aufwärtsbewegung in der Preisbildung folgt. . . . Somit wird damit zu rechnen sein, daß das Hauptnahrungsmittel der Bevölkerung, das Brot, starke Ansprüche an die Haushaltungen stellen wird.

Noch stärker wohl die Fleischversorgung. Der derzeitige starke Auftrieb an den Schlachtviehmärkten spiegelt die allgemeine Futtermittelwider, ebenso auch das Emporschnellen der Preise für Kraftfuttermittel. Hat man bisher bei den Kleinverkaufspreisen für Fleisch vielfach vergeblich auf die wohnstättigen Wirkungen des Gesetzes von Angebot und Nachfrage gewartet, so lehrt doch die Erfahrung, daß die nahebei Fleischnot einen Hochstand der Preise bewirken wird, wie er kaum jemals zuvor verzeichnet wurde. Dabei ziehen wir auch die Maul- und Klauenseuche in Betracht, die anheimelnd noch immer an Ausbreitung gewinnt und unermessliche Opfer fordert. Die Preise für Hülsenfrüchte, Gemüse und Zucker sind schon jetzt so erheblich gestiegen, daß wir für den Winterbedarf mit erheblichen Zuschlägen rechnen müssen. Weit bedenkllicher erscheint uns aber die Gestaltung der Kartoffelpreise. . . . Sie hat sich in Preisen angeknüpft — gegen Ende August 10—16 Pf. für 100 Kilogramm —, die um mehr als das Doppelte den sonstigen Durchschnittspreis übersteigen. Ob bei dem erheblichen Bedarfe der Brennereien und Kartoffelverarbeitungsanstalten für längere Dauer mit einer Preisermäßigung bei Kartoffeln zu rechnen ist, erscheint sehr zweifelhaft. Wohin wir auch bei der Nahrungsmittelversorgung blicken, überall daselbe trübe Bild.

Schließlich können wir es uns nicht versagen, das Unternehmertum, die Arbeitgeber, auf die aus der Lebensmittelpreissteigerung sich ergebenden Gefahren hinzuweisen. Man muß mit Sicherheit darauf rechnen, daß von den Arbeitern die Teuerung zum Anlaß erhöhter Lohnforderungen genommen werden wird. . . .

Wer in der Lage war, die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ und das „Leipziger Tageblatt“ fast am gleichen Tag

über das gleiche Thema lesen und verfolgen zu können, dem steigt gewiß auch der letzte Haarbestand zu Berge. Über die traurige „Westdeutsche“ nämlich, die noch schlimmer als die extremagrarischen Blätter gegen die Interessen der armen, von ihr angeblüh vertretenen Bevölkerung frevelt. Hatte doch erst wenige Tage zuvor sogar die bayrische Regierung in einem Verdict von der „Gefahr eines allgemeinen Notstandes“ gesprochen, und auch der preußische Landwirtschaftsminister hatte gerade mit einem sogenannten Postfandenlasse von sich reden gemacht. Den Artikel des „Leipziger Tageblatts“ (das übrigens in Leipziger Prinzipalstreifen wohlgelesen ist und deshalb wohl auch mit dieser ernsthaften Betrachtung über die allgemeine Lebensmittelpreissteigerung viel Beachtung gefunden haben wird) aber zerpflücken, heißt in diesem Falle behauptete Tatsachen wiederholen.

Vom August, der die großen Schäden dieses regenlosen aber hitzerreichen Sommers wohl schon sehr deutlich in den Nahrungsmittelpreisen ausweisen wird, können zur Stunde allgemeine Überblicke noch nicht gegeben werden. In Einzelrechnungen läßt sich indes schon ermaßen, welche erschreckende Sprache die Augustziffern reden werden. Da machten z. B. die Großhandelspreise in den Berliner Zentralmarkthallen vom 14. August viel Aufsehens. Getreide und Hülsenfrüchte, Obstsorten und Süßfrüchte notierten danach das Doppelte, Dreifache bis zum Vierfachen der vorjährigen Preise! Kartoffeln erlitten gleichfalls eine ganz beträchtliche Preissteigerung. Wie sich die Notierungen für dies wichtige Volksnahrungsmittel in den verschiedenen Landesteilen im August 1911 gegenüber dem gleichen Monate des Vorjahres bewegten, das geht aus folgender Zusammenstellung des „Arbeitsmarktkorrespondenz“ deutlich hervor. Danach wurden bezahlt für 100 Kilogramm in Mark: in Ostpreußen 5,0—8,0 im August 1911 (4,0—6,0 August 1910); in Westpreußen 6,8—10,0 (2,8—5,5), Schlesien 7,0—11,0 (3,4—5,6), Pommern 5,8—8,0 (2,5—5,0), Brandenburg 6,0—10,0 (2,4—5,5), Provinz Sachsen 5,5—12,0 (3,5—8,0), Schleswig-Holstein 6,5—10,0 (5,2—8,0), Hannover 6,0—10,0 (4,0—6,0), Westfalen 7,5—10,0 (6,0—9,0), Hessen-Nassau 8,5—12,0 (5,5—8,0), Baden 10,0—14,0 (6,0—9,0). Wenn schon im Großhandel der Preis für ein Kilogramm Kartoffeln bis 14 Pf. hinausgeht, dann kann man sich lebhaft vorstellen, daß im Detailhandel der Kartoffelpreis eine Höhe erreichen muß, die den Haushaltsekt der arbeitenden Bevölkerung aufs schwerste belasten muß. Schon im Juli waren Plätze zu verzeichnen, an denen der Preis für Kartoffeln ebenso hoch war wie der Preis für ein Kilogramm im Juli 20 Pf., Bromberg notierte im gleichen Monat gar 25 Pf.! In Halle a. S. zahlte man im Detailvertrieb 22 Pf., in Ulmberg 24, in Vahrenheit 20, in Regensburg und Forstheim ebenfalls 20, in Jena 24, in Weimar 20, in Straßburg und Sigmaringen gleichfalls 20 Pf. für das Kilogramm. Auch aus Dresden wurde im August berichtet, daß Kartoffeln reichlich das Doppelte des Vorjahres kosten und Grünwaren mit mehr als dem doppelten Preise gegen normale Jahre bezahlt wurden. In Leipzig wurden nach dem amtlichen Verdict für einen Zentner Kartoffeln (inländische) am 26. August 5 bis 7,0 Mk. in der Markthalle verlangt. Unter den Hülsenfrüchten ist es um die Wollen besonders schlecht bestellt. Aber die Kaffee- und Nüssenarten hört man ebenfalls bewegliche Klage über. Die Zuderrückeneinte wird sehr schlecht ausfallen, und da bei Zucker die Spekulation immer eine große Rolle spielt, so erklärt es sich, wenn auch hier eine bedeutende Preissteigerung Platz gegriffen hat. Bei Kaffee sind die Kleinhandelspreise gegen 1909 um 40 bis 60 Pf. pro Kilogramm gestiegen. Milch und Butter werden naturgemäß ganz empfindlich von der allgemeinen (seitens der Landwirte jedoch immer noch mit einem Lieber zu früh als zu spät aufgeschlagenen) Extraprofit frustifizierten) Kalamität dieses abnormen Sommers getroffen. In einer ganzen Reihe von Orten wird infolge des eingetretenen Futtermangels eine Erhöhung der Milchpreise betrieben. Leipzig „erzient“ sich bereits dieser von den Agrariern recht voreilig beliebten Konjunkturausnutzung, man darf jetzt 11 Proz. pro Liter mehr bezahlen, nachdem erst im vergangenen Jahre ein Aufschlag um 20 Proz. erfolgte. Es geht bei der Milch halt etwas schneller als beim Buchdruckerlohn- und -preistarif! An ein Zurückgehen, wenn Futterüberfluß vorhanden, denken aber die Agrarier nicht; hoffentlich der zahlende und leidende Teil desto mehr.

Der Juli brachte nach Calwers 176 Orte umfassenden Lebensmittelfatistik bereits eine durchschnittliche Erhöhung des Nahrungsmittelaufwandes für eine vierköpfige Familie von 40 Pf. gegenüber dem Juni, und dieser hatte gegen den Mai eine Ersteuerung schon um 25 Pf. gezeitigt. Mit einer Neidziffer von 24,37 Mk. im Juli hätte also der Bedarf an den wichtigsten Lebensmitteln seit Januar bereits eine Preissteigerung von 0,87 Mk. erfahren. Das ist eine Verteuerung allein in den sieben Monaten Januar bis Juli 1911 um 3,7 Proz.! Fragt da nicht jeder voller Bangen: Was nun?

Die bayrische Regierung hat bereits die ungefähre Antwort darauf gegeben: die Gefahr eines allgemeinen Notstandes! Aber leider haben wir nicht bloß eine solche Gefahr zu befürchten, sondern wir können schon von dem allgemeinen Notstand als einer bestimmt eintretenden Tatsache sprechen. Das drückt der angezogene Artikel des „Leipziger Tageblatts“ aus, und auch das „Berliner Tageblatt“ sieht eine schlimme Notzeit kommen. Kartoffeln, Brot und Fleisch — dieses vornehmlich — werden unerfüllbare Preissteigerungen aufweisen und die Bilanzierung im Haushalte des kleinen Mannes zu einem schleichend unausführbaren Kunststück werden lassen.

Von den sozialdemokratischen, den Unfs- und selbst auch von schon mehr rechtsstehenden Blättern wird die Reichsregierung aufgerufen, das in ihren Kräften Stehende zu tun, die drohende schwere Notlage zu mildern. Die Grenzen sollen für die Einfuhr von billigem Fleisch geöffnet, die das deutsche Getreide aus dem Lande schaffen und mit dem Brot verteuerten Einfuhrschneide (die den Ungariern hohe Profite zuschlagen, das Reich aber mit einem Vollausschlag von 70 Millionen Mark jährlich treffen) aufgehoben werden. Auch wird die Aufhebung der Zölle auf Futtermittel verlangt, für ihre Frachternährung ist ja schon zum Teil gewirkt worden. Eine Lebensmittelnot sollte aber auch zu einer allgemeinen Suspendierung der Lebensmittelzölle führen, denn wenn unsere Hochschulgoltpolitik die jegliche Kalamität auch nicht verhindert, so vergrößert sie sie doch ganz beträchtlich. Deshalb muß den Ungariern gerade jetzt wieder bedeutet werden, wie das Volk unter dem für sie so ungemein vorteilhaften Zollsystem zu leiden hat, und daß mit dieser Wirtschaftspolitik es nicht mehr so weitergehen kann. Die Einfuhr von überfischen Fleisch, wogegen sich die Landwirtschaft mit einem geradezu verächtlichen Eifer wendet und dessen Zulassung in Österreich die ungarischen Großgrundbesitzer durch ihre agrarische Regierung wieder rückgängig gemacht haben, was zu Demonstrationen führte, muß ebenfalls verlangt werden. Bekanntlich denken die Herren Nimmerlatten aber sogar noch an eine Erhöhung der Lebensmittelzölle bei der nächsten Zolltarifrevision. Nach einer für uns noch unkontrollierbaren Meldung soll im Reich eine schwere Steuerung, die die schlimmsten Beschränkungen zuläßt, für Preußen gar am 1. Oktober eine Beschränkung der Geflügeleinfuhr stattfinden, indem an den Grenzen tierärztliche Untersuchungen vorgenommen werden. Das sollte noch! Wenn in Deutschland mit seiner scharfen Grenzabsperrung jetzt die Maul- und Klauenseuche förmlich grassiert, so sollte doch nicht noch neuer Mumpy versucht werden. Doch auch mit den Fleischern muß einmal ein ernstes Wort gesprochen werden. Unsererseits wird das nächste gesehen.

Korrespondenzen.

Duisburg. Unsere dritte diesjährige Bezirksversammlung fand am 27. August in Mülheim (Ruhr) statt. Anwesend waren 140 Kollegen, und zwar von Bocholt 10, Duisburg 25, Emmerich 10, Marxloh 3, Mülheim 37, Oberhausen 12, Ruhroort 19, Sterkrade 11, Wesel 37; nicht vertreten waren die Orte Dinslaken und Nees. Da am 1. Oktober der Bezirk Duisburg geteilt wird, so war der alte Bezirk zum letzten Male versammelt und hätte deshalb der Besuch ein weit besserer sein können. Vor Eintritt in die Verhandlungen erregte die „Typographia“ Mülheim die Versammlung durch ein gut vorgetragen Chorlied. Das Andenken des verstorbenen Kollegen O. Sausmitat wurde hierauf in der üblichen Weise geehrt. Zum ersten Tagesordnungspunkte wurden einige interne Sachen erledigt. Der Kasienbericht lag gedruckt vor und wurde, da dagegen nichts zu monieren war, auf Antrag der Revisoren dem Bezirkskassierer, Kollegen Neffelt, einstimmig Entlastung erteilt. Sodann erstattete zum dritten Punkte der Tagesordnung der Vorsitzende Palekz den Bericht von der Bezirksvorsteherkonferenz. Redner ging kurz auf die Berliner Vorgänge und deren Folgeerscheinungen ein, und teilte ferner mit, daß die Teilung des Bezirks Duisburg angenommen worden sei. Zum neuen Bezirke (Wesel) werden von uns die Orte Bocholt, Dinslaken, Emmerich, Nees und Wesel abgegeben. Von einer Resolution zu dem Berliner Konflikt wurde Abstand genommen, da der größte Teil der Ortsvereine des Bezirks schon Stellung zu der Sache genommen hat. Der letzte Punkt betraf die Auflösung der Bezirksklasse, die durch die Teilung des Bezirks notwendig geworden war. Nach kurzer Debatte wurde dann auch die Auflösung der bisherigen Bezirksklasse beschlossen. Eine spätere Versammlung wird jedoch über eine Bezirksklasse in anderer Form Beschluß fassen. Die Tagesordnung war damit erledigt. Kollege v. b. Kamp (Emmerich), nahm sodann das Wort und übermittelte die Abschiedsgrüße des aus dem Bezirke scheidenden Ortsvereins Emmerich. Kollege Palekz gedachte in seinem Schlussworte der auscheidenden Ortsvereine des alten Bezirks und dankte allen Kollegen für ihre treue Mitarbeit und gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich die Beziehungen der beiden Bezirke zueinander recht freundlich gestalten möchten. Die Worte des Vorsitzenden wurden bekräftigt mit einem Hoch auf den Verband.

H. J. Hensburg. Die letzte Monatsversammlung hätte entsprechend der wichtigen Tagesordnung einen entschieden besseren Besuch aufweisen können. Die von Kassierer gegebene Abrechnung zeigte in der Ortsklasse ein Plus von etwa 500 Mk. gegen den Abschluß über dieselbe Zeit des Vorjahres. Aber die Kreisversammlung berichtete in etwa eineinhalbstündigen Referate Kollege Heismann. In der Hand der dort gestellten Anträge ging er unter ganzes neu zu schaffendes Tarifgesetz durch und verbreitete sich auch über den Tarifgedanken im allgemeinen. Einzelne Punkte wurden hierauf durch die mit nach Hamburg delegierten Kollegen Thode und H. Jensen in kürzeren Ausführungen ergänzt. Beobachtet wurde u. a., daß die sehr zahlreich anwesenden Kollegen aus der Provinz in keiner Weise durch die Leitung der Hamburger Kollegschaft irgendwelche Unterstützung erfahren in dem Durchführen durch die Großstadt. Man hat jeden einzelnen Kollegen sich selbst seinen Weg suchen lassen. Die anschließende Diskussion

zeigte Licht- und Schattenseiten der Tarifrevision und ergab das fast einstimmige Einverständnis mit der vom Verbandsvorstande geübten Taktik. Einige sehr interessante Mitteilungen über Rüstungsmanieren im anderen Lager bildeten den Schluß der Vespredung dieses Punktes. Interne Angelegenheiten fanden dann noch Erledigung unter „Verschiedenes“. Bei der gegebenen augenblicklichen Situation sollte es doch selbstverständliche Pflicht aller sein, regelmäßig in den Versammlungen zu erscheinen. Ein dringender Hinweis muß sich doch wahrlich nicht erübrigen.

Greis. Bei guter Beteiligung hielt leghin Kollege Dänhardt einen Kursus für mechanische Kreidreliefzurichtung ab. Infolge freundlichen Entgegenkommens der Firma Bantes & Schwärzler (München), welche das erforderliche Material unentgeltlich zur Verfügung gestellt hatte, war es möglich, die Teilnehmer theoretisch und praktisch mit dem neuartigen Verfahren vertraut zu machen, das allseitig als wirklich hervorragend anerkannt wurde.

Kolmar i. Elz. Am 19. August stattete Kollege Schäffer von der „Korr.“-Redaktion unsern kleinen Bezirksverein einen Besuch ab und referierte über das Thema: „Unsere gewerkschaftlichen Aufgaben“. In markigen Worten rief er die Kollegen auf zur praktischen Mitarbeit an der Stärkung unseres Verbandslebens zum Wohle der Gesamtheit. Das Referat hat in unsern Bezirksvereine großen Eindruck hinterlassen, was der begeisterte Applaus am Schluß desselben deutlich zeigte.

A. Krefeld. Anwesend waren in der Monatsversammlung vom 19. August etwa 90 Kollegen. Nachdem das Andenken des verstorbenen Kollegen van Haren (Krefeld) in der üblichen Weise geehrt und verschiedene geschäftliche Angelegenheiten erledigt worden, gab Kollege Jähren den Kasienbericht vom zweiten Quartale. Daraus ging u. a. hervor, daß hier 20 Mitglieder mit 129 Resten zu verzeichnen waren. Anseitig wurde das Restieren gebührend gewürdigt und an den Beschluß der Bezirksversammlung in Geldern erinnert. Sodann wurde dem Kassierer auf Antrag der Revisoren einstimmig Entlastung erteilt. Nach diesem Kapitel ergriff unser Gauvorsitzer Emil Albrecht (Köln) das Wort zu seinem vierten Thema in seiner Vortragsreihe: „Die positiven Erfolge der freien Gewerkschaften“. Es war ein recht trockener Zahlenvortrag, aber darum nicht minder interessant. Man weiß ja, wie Zahlen sowohl den Vortragenden als auch die Zuhörer ermüden, dennoch wurden die beinahe anderthalbstündigen Ausführungen des Redners aufmerksam angehört und ihm besonders lebhafter Beifall gesendet. Eine Zahl dürfte für die Gesamtheit der deutschen Kollegschaften Interesse haben: daß Rheinland-Westfalen 300.000 frei organisierte Arbeiter zählt, während die christlichen Gewerkschaften es in ganz Deutschland auf 328.000 Mitglieder gebracht haben. Den nächsten Vortrag wird Kollege Albrecht im Oktober halten; wir hoffen, daß dann eine zahlreichere Zuhörerzahl vorhanden sein wird. Nach Anhörung des Parteiberichts und Erledigung einiger tariflicher Sachen wurde die Versammlung geschlossen.

C. Mannheim. Inse am 19. August stattgehabte Mitgliederversammlung hatte einen nur mäßigen Besuch aufzuweisen. Das Andenken der verstorbenen Kollegen Michael Doblansky und Karl Hartmann wurde in üblicher Weise geehrt. In den Verband aufgenommen wurden zwei Kollegen. Den Kasienbericht erstattete Kollege Gußer, den Bericht über die Bibliothek Kollege Frank. Ausgeschlossen wurden zwei Kollegen mit erheblichen Resten. Die übrige Tagesordnung wurde mit einer Geschäftsordnungsdebatte ausgefüllt, die einer besseren Sache würdig gewesen wäre. Durch derartige Manipulationen wird der Versammlungsbefugnis nicht geboben, sondern den älteren Kollegen wird der Besuch verleidet. Es wäre endlich an der Zeit, daß man den persönlichen Hader aus der Versammlung ließe.

Münberg. In der am 20. August in Münberg abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung der Schriftgießer-, Stereotypen- und Galvanoplastikervereinigung Nordbayerns waren auch Kollegen von Würzburg, Ansbach und Jülich anwesend. Der Vormittag war zur Besichtigung des Kempewerks bestimmt, und was die Beteiligten dabei zu sehen boten, befriedigte sie im vollsten Maße. Für die sachgemäße Führung und das liebenswürdige Entgegenkommen sei der Firma an dieser Stelle der beste Dank ausgesprochen. Aus den Berichten des Vorsitzenden sowie der Vertreter der verschiedenen Orte ist zu entnehmen, daß das vergangene Jahr im allgemeinen zufriedenstellend war; ein Tarifverstoß seitens eines Mitgliedes wurde in Münberg konstatiert. Beschlossen wurde auf Antrag Würzburg, die Protokolle der in den verschiedenen Orten stattfindenden Versammlungen auszutauschen, um bei den Mitgliedern das Interesse für die Vereinigung wachzuhalten und für alle Angelegenheiten Aufklärung zu schaffen. Der Mitgliederstand stieg von 35 auf 40; die Vorstandschaft wurde in ihrer jetzigen Zusammensetzung wiedergewählt. Mit einem Appell an die Versammlung, für die kommende ernste Zeit alle Kräfte anzuspannen, schloß der Vorsitzende die gutbesuchte Versammlung.

△ Offendach a. M. Quartalsversammlung am 26. August. Einem Aufnahmegeruche wurde stattgegeben und von einem Zirkular des Zentralverbandes Kenntnis genommen. Die Anschaffung des Protokolls des Dresdner Gewerkschaftskongresses wurde empfohlen. Zu dem gedruckt vorliegenden Kasienberichte wurden einige Erläuterungen gegeben und die beantragte Entlastung einstimmig erteilt. Den größten Teil der Tagesordnung füllte der vom hiesigen Gewerkschaftskartellvorsitzenden gegebene Bericht vom Gewerkschaftskongress in Dresden aus, der

sehr beifällig aufgenommen wurde und an den sich eine Debatte nicht knüpfte. Einige Interna schlossen die Versammlung.

Opfaden. In unserer letzten Versammlung gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Der Ortsverein Opfaden bebauert das Vorgehen der Berliner Rotationsmaschinenmeister bei der Firma Scherl gegen die Tarifinstanzen und stellt sich voll und ganz auf den Boden der Beschlüsse der Gauvorsitzerkonferenz“. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten verhandelt waren, wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Rundschau.

Ferien! Die Firma Dr. Hugo Kemmler, Berlin, chem.-pharmaz. Laboratorium, welche eine Hausdruckerei unterhält, gewährt ihrem Sege- und Druckerpersonal bei einjähriger Karenz sechs freie Tage, während alle Kollegen, die unter einem Jahre bei der Firma beschäftigt sind, drei freie Tage erhalten. Das Hilfspersonal bekommt nach dreijähriger Karenz sechs freie Tage.

Ferienentziehung. In Offenbach hat die Stempelschneiderei von B. Georgi die seit einer langen Reihe von Jahren gewährten Ferien in diesem Jahre dem Personal entzogen.

Ein Herr M. Hartwig in Berlin, der jedoch unser dortigen Verbandsleitung gänzlich unbekannt ist und auch trotz eingehender Nachforschungen persönlich nicht festzustellen war, glaubt unter den Kollegen, die auf dem Inzeratenweg in der Fachpresse Stellung suchen, etliche Dumme finden zu können, die ihm zehn deutsche Reichsmärker schiden, wofür er ihnen Gelegenheiten bieten will, in „erklässiger Fabrik die Sechsmaschine zu erlernen“ und nach dem absolvierten Kursus auch Stellung als Maschinenseger zusichert. Der geniale Mann verlangt zu diesem Zwecke gar nicht mehr, als daß jene, die auf diesen Reim hüpfen, die 10 Mk. in Papiergeld einem Briefe mit Angabe: „ob und wo als Sege ausgeleiert, wie alt, ledig usw.“ belegen und an die Adresse des M. Hartwig, Berlin SW 68 postlagern, senden und die Sache ist fertig. Denn der Brief wird dort, obwohl er an Hartwig in den Unbekannten adressiert sein muß, nur von der Fabrik abgeholt und nach diesem sehr tolpatschigen Umweg an Herrn Hartwig abgeliefert, alldieweil nur „Er“ die Bewerber auswählt hat und dafür auch den schänden Mamonn als Entschädigung für „Zeitaufwand, Porto, Auskünfte usw.“ einsetzt darf. Um in die plumpe Falle dieses Bauerisängers zu schlumpfen, muß man aber sehr schnell sein, denn mer nicht innerhalb vier Tagen auf den Vorschlag des sauberen Patrons eingeht, der hat das Nachsehen; er muß auf die großartigen Geschäftsverbindungen mit dem Industriekrist Hartwig in Berlin schon von vornherein, nicht erst nachher verzichten.

Herr Alfred Vetter, nach seinen Angaben in Nr. 17 des „Göfel-Voten“ Mitglied der Zweiten Buchdruckerkasse in Leipzig, Mitglied der Unterstützungskasse für Buchdrucker und Mitglied des Deutschen Faktorenbundes, gibt in seinem Organe bekannt, daß der „Göfel-Vote“ sein Erscheinen nicht eingestellt hat. Nachdem bereits sein Kompagnon, der Schloßergeselle und Buchdruckereibesitzer Paul Bieweg, in der „Leipziger Volkszeitung“ für den verflochtenen Sechsmaschinenabteilungsaktor von einer namhaften Leipziger Druckerei eine Rettungsaktion unternahm, die jedoch schrecklich verunglückte, teilt Herr Vetter den Lesern seines Organs mit, daß er nur den „Spitzen“ eines einiger Verbandsfanaliter „zum Opfer gefallen sei, lediglich deshalb, weil er nicht, den alleinigenmachenden Verbandsgläubigen der Remunzianten“ besitzt. Die Notiz in Nr. 94 des „Korr.“, welche der Welt Kunde gab von dem tüchtigen Faktor jener Leipziger Großfirma, der in so uneigennützig Weise nebenbei Redakteur und Buchdruckereibesitzer war und nur des öfteren sich stillschweigend etwas Material (Maschinenfabrik, Abzählungsschriften usw.) von seiner „Mutterfirma“ „lieh“ und die Angestellten seines Arbeitgebers für sich etwas „pinnen“ ließ, ist also grundlos verächtigt und infolge dessen jedenfalls auch ohne Prüfung des Tatbestandes und ohne jeden stichhaltigen Grund von der betreffenden Firma sofort gegangen worden! „Obwohl wir es uns natürlich verfallen müssen, in das schwebende Verfahren einzugreifen“ — um mit Herrn Vetter zu reden —, zwingt uns dessen „Abwehr“, später noch auf diesen interessanten Fall zurückzukommen, der typisch ist für die Qualifikation von Vertrauenspersonen in manchen Leipziger modernen Großdruckbetrieben.

Esperanto und das Magdeburger Buchdruckergewerbe sind nach einem Berichte der Tagespresse in den letzten Jahren in sehr enge Verbindung miteinander gekommen, und zwar so, daß behauptet wird, Magdeburg nehme in dieser Beziehung nach Paris den zweiten Platz auf der ganzen Erde ein. Magdeburg hat bereits mehrere Druckereien, die mit Esperantotypen versehen sind: Baensch, Faber, Basse, Panfa und Sorgler. Dementsprechend ist auch ein großer Stab an tüchtigen esperantofähigen Schriftsetzern vorhanden. Am stärksten ist die Druckerei von U. Sorgler beteiligt. Dort ist eine Sechsmaschine vollauf allein für Esperanto beschäftigt. In Magdeburg werden allein acht Esperantozeitungen gedruckt, wovon vier Wochenblätter sind: „Germana Esperanto-Gazeto“, „Germana Esperanto-Instruisto“, „La Informanto“ und „La Bontemplanco“.

„Christliche“ Taktik. Der Vorstand des Kirch-Druckereigen Gewerkschafts der Bergarbeiter in Wanne sah sich genötigt, in seinem Bericht über eine Lohnbewegung im Sauerlande von der christlichen Bergarbeiter-

organisation zu sagen, daß die „Christen“ nach dem Gehändnis ihres Führers Zinbisch nicht wegen der berechtigten Beschwerden der Bergarbeiter, sondern nur aus agitatorischen Gründen mitmachten. Ferner wird gesagt, daß, obwohl mit den christlichen Streikführern ein gemeinsames Handeln vereinbart wurde, diese doch hinter dem Rücken der Hirsch-Dunderferden andre Beschlüsse faßten und infolgedessen eine erfolgreiche Aktion durchkreuzten. Diese Handlung im Vereine mit andern ebenbürtigen Machinationen wird als Beweis dafür bezeichnet, daß die „christliche“ Zeitung auf dem Standpunkte des „Bravos“ (gedungener Mordelörder) angekommen war. Der Hirsch-Dunderferde Berichterstatter schließt mit den Worten: „So handelt nicht ein ehrlicher Gegner, mit dem man vereint schlagen kann, nachdem man getrennt marschiert ist, sondern ein gewerkschaftlicher Bravo, ein Pirat, der nur immer den Augenblick erpäßt, wo er über sein ausersehenes Opfer herfallen kann. So handelte an uns im Sauerlande der christliche Gewerksverein.“ Und solche Elemente fordern Gleichberechtigung!

Politisches von den „unpolitischen“ Handwerkskammern. Nachdem wir im Laufe der Jahre schon des öfteren nachweisen konnten, daß nicht nur die reinen Unternehmerverbände in Deutschland ganz ungehindert, ohne jede polizeiliche oder sonstige behördliche Bevormundung, je nach Gutdünken und Belieben lustig im politischen Fahrwasser segeln und den Zuseher nach Reichsvereinsgesetz oder sonstigen gesetzlichen Bestimmungen fragen, konnten wir dies nach und nach immer deutlicher sogar von öffentlich-rechtlichen Körperschaften des Unternehmertums oder den ihm besonders nahestehenden Kreisen, wie Handelskammern, Zünften, Landwirtschaftskammern und — Kreisvereinen usw. feststellen. In neuester Zeit leisten nun auch noch die Handwerkskammern diesen Spuren Gehorsam, und zwar in einem Umfange, daß man sagen muß, so wenig es fast keine Unternehmercorporation mehr in Deutschland gibt, die sich bei Verfolgung ihrer Ziele vom politischen Boden fern hält, gibt es auch fast keine politische Frage mehr, der sie nicht ihre Aufmerksamkeit schenken und sie nicht ihrem Einflusse zu unterstellen suchen. In Nr. 81 haben wir schon eine dahinzuleitende Entschärfung einer Konferenz der deutschen Handwerkerverbände in Kassel bekanntgegeben und beleuchtet. Inzwischen ging aber die Sache noch weiter. Den schlesischen Handwerkskammern, die vor einiger Zeit schon Forderungen zu den kommenden Reichstagswahlen aufstellten, die den einzelnen Kandidaten vorgelegt werden sollen, sind nun auch die ostpreussischen Handwerkskammern gefolgt. Sie haben den Beschluß gefaßt, nur solche Kandidaten zu unterstützen, die erklären, den Wünschen der Handwerker gerecht werden zu wollen. Dieser Weg und diese Forderung wären zwar nicht zu verachten und könnten unter Umständen auch den Arbeiterverbänden, den Gewerkschaften, zum Vorbild dienen. Aber das Ziel, das die Handwerkskammern damit zu erreichen suchen, ist ein verkehrtes. Ganz abgesehen von der geforderten Bekämpfung der Konsumvereine sind es die Forderungen auf sozialpolitischem Gebiete, die uns als Gewerkschaftler zur Abwehr gegen politische Ergründungen der Handwerkskammern auferen. Sie wollen z. B. nur Kandidaten unterstützen, die für nachstehende reaktionäre und arbeiterscheindliche Tendenzen eintreten: „1. Ablehnung jeder einseitigen, nur das Interesse der Arbeitnehmer berücksichtigenden Sozialpolitik. 2. Ablehnung jeder irgendwie gearteten Arbeitslosenversicherung. 3. Ablehnung der Arbeitskammern in jeder Form. 4. Ablehnung jeder Art geschlichen oder staatlichen Eintretens für paritätische Arbeitsnachweise. 5. Den Erlass eines Gesetzes zum Schutze der Arbeitswilligen. 6. Keine weitere Ausdehnung der Sonntagsruhe.“ Viel mehr verlangen auch die ärgsten Scharfmacher nicht; ihnen können die unter vorstehend beschriebener Parole handelnden Handwerkskammern würdig die Hand reichen. Und von unserem Standpunkt aus ist es nur zu begrüßen, daß wir diese Parole beizeiten kennen lernten. Ihre Bekanntgabe dürfte nicht wenig dazu beitragen, die Arbeiter und Gewerkschaftler, die bis jetzt vielleicht noch nicht recht wußten, in welcher Richtung sie ihre Rechte als Staatsbürger auszuüben haben, auf den richtigen Weg zu bringen. Für diese Lehre kann man den eifrigen „unpolitischen“ Handwerkskammern nur dankbar sein.

Ein Ereignis von geschichtlicher Bedeutung nennt eine hervorragende französische sozialpolitische Zeitschrift die Tatsache, daß die meisten der kürzlich in Berlin gewesenen französischen Gewerkschaftsbelegierten nach ihrem Heimatlande mit dem festen Vorsatze zurückgekehrt sind, in Frankreich die deutschen Gewerkschaftsprinzipien zur Ein- und Durchführung zu bringen. Einer der Teilnehmer an der in Frage kommenden Studienfahrt saßt seine Eindrücke ungefähr in folgenden Worten zusammen: „Unsere Gewerkschaftsgenossen haben soeben Deutschland entdeckt. Ganz überwältigt, einige unter ihnen — die heilsehendsten — vielleicht gar ein wenig gedemütigt durch den Vergleich, den sie zwischen ihrem Zustande der Organisationslosigkeit und der mächtigsten Organisation der deutschen Arbeiterklasse gezogen haben, sind sie zurückgekehrt. In bezug auf Organisation besteht in der Tat zwischen der französischen und deutschen Arbeiterklasse der gleiche Unterschied wie zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung Frankreichs, das in die Reihe der Länder dritter Klasse zurückgefallen ist, und Deutschlands, das sich auf dem besten Wege befindet, auf dem Gebiete der Industrie und des Handels das erste Land der Erde zu werden. Was bedeuten unsre 400000 französischen Gewerkschaftler gegenüber den 2½ Millionen Mitgliedern der deutschen freien Gewerkschaften? Was bedeuten

den unsre fast leeren Gewerkschaftskassen gegenüber den millionenreichen deutschen Klassen? Was sollen unsre elenden Kostblätter (feuilles de chou) gegenüber den gewerkschaftlichen Zeitungen mit Riesenauflagen in Deutschland bedeuten? Es gibt aber etwas noch Bewunderungswürdigeres wie diese großen Mitgliederzahlen und Reichthümer; das ist die Disziplin, mit der diese ganze Arbeiterarmee voranmarschiert, und zwar zu jener Zentralisation, zu der man gewohnungsgemäß kommen muß, wenn man nicht nur Schamäuel, sondern Kämpfe der Massen liefern will. Gewiß sind es besondere Charaktereigenschaften, Früchte der Umgebung, wie bei uns der Geist der Kritik, der Verachtung jeder Autorität, der Geist des Spontanen, des Individualismus, des Wagemuts in Gedanken und in der Tat, und die Gesamtheit dieser guten und schlechten Eigenschaften, die unsrer revolutionärer Temperament ausmachen, ermöglichten uns, die Regierung Frankreichs der letzten 120 Jahre eine nach der andern mit dem Gewehrstoßen davonzujagen. Über jene Eigenschaften, die man nicht von Natur aus, nicht seit der Geburt besitzt, kann man durch Studium, durch guten Willen und praktische Anwendung sehr wohl sich aneignen, ohne befürchten zu müssen, seine ureigensten Fähigkeiten einzubüßen.“ Wir geben diese Ausführungen wieder, weil wir darin nicht nur eine sehr wertvolle ausländische Anerkennung deutscher Gewerkschaftsarbeit erblicken, sondern weil sie gleichzeitig einen Appell an alle deutschen Gewerkschaftsmitglieder darstellen, mehr als bisher Vertrauen zur praktischen Organisationsarbeit zu fassen und nicht durch gesehene Kritik alles mühsam Errungenen den zwar langsamen aber doch sicheren gewerkschaftlichen Aufstieg zu hemmen. Das französische Arbeitervertreter an unsern deutschen Gewerkschaften schägen gelernt haben, ist jedenfalls wert, von deutschen Gewerkschaftlern nicht weniger hoch eingeschätzt zu werden.

Eine Sicherung des Boykottrechts. Das sächsische Ministerium des Innern hat in einer neuerlichen Verordnung auf ein Urteil des Oberlandesgerichts in Dresden hingewiesen, monach es unzulässig sei, daß Polizeibehörden durch irgendwelche Verordnungen die öffentliche Aufforderung zum Boykott eines Geschäftsbetriebs, die im wirtschaftlichen Kampfe zwischen Unternehmern und Arbeitern erfolge, unter Verbot und Strafe stelle. Es wird verlangt, daß die Polizeibehörden dieser Entscheidung Rechnung tragen. Das soll in der Weise geschehen, daß alle polizeilichen Boykottbekanntmachungen aufgehoben würden, deren Gültigkeit nach dem oberlandesgerichtlichen Urteil in Frage gestellt sei. Von einer bloßen Anpassung dieser Bekanntmachungen an dieses Urteil sei abzusehen, und es sei doreist abzuwarten, welche Entwicklung das Boykottwesen nunmehr nehmen werde. In den Fällen, in denen besondere Umstände eine öffentliche Boykottaufforderung ausnahmsweise als Verstoß gegen die guten Sitten erscheinen lassen sollten, würde nach Befinden mit polizeilichen Sonderverboten eingeschritten bzw. würde der geschädigte Teil über sein Recht auf Schadenersatz verständigt werden können. Hauptsächlich erstreckt sich diese Verständigung des eventuell geschädigten Teils über sein Recht auf Schadenersatz nicht nur auf Unternehmer, sondern auch auf Arbeiter, wenn sie durch widerrechtlichen Boykott von den Unternehmern geschädigt werden.

Gewerkschaftsnachrichten. In Leipzig sind die Lithographen und Steindrucker in eine Lohnbewegung eingetreten; in Dieren, Nahe, Köslin, Eßlingen und Nürnberg wurden solche in letzter Zeit mit gutem Erfolge durchgeführt. — In der Metallindustrie wird es vorläufig zu keiner Generalaussperrung kommen. Die in Berlin wegen dieser Frage veranmelt gewesenen Metallindustriellen haben beschlossen, doreist die schwebenden Verhandlungen abzuwarten, um, wie die Tagespresse meldet, nach deren Abschluß Stellung zu den einzelnen Forderungen zu nehmen. Vor allem soll jedoch ein Abschluß von Tarifverträgen und die Einführung von Mindestlöhnen unter keinen Umständen zugestanden werden. Sollten die Arbeitnehmer an solchen oder andern „die Leistungsfähigkeit der Metallindustrie untergebenden Forderungen“ festhalten, so will der Gesamtverband der Metallindustriellen geschlossen hinter den betroffenen Bezirksverbänden stehen. — In Bremen hat der Zentralverband der Fleischer durch energisch durchgeführten Boykott die rückhaltlose Anerkennung des Koalitionsrechts seitens der Innungsmeister errungen, außerdem einen günstigen Organisationsstärker durchgeführt. — Der Kampf im Baugewerbe auf Helgoland wurde für die Arbeiter erfolgreich beendet. — Trotz der opferreichen Kämpfe, die der Verband der Steinsetzer in diesem Jahre schon zu bestehen hatte, wurden für dieses Gewerbe in Oßersig sowie für Borsommern und Rügen günstige Tarifverträge abgeschlossen.

Verschiedene Eingänge.

„Fachmitteilungen für die Mitglieder der deutschen Korrektorenvereine“. Nr. 14. Für die Mitglieder kostenfrei. Bezugspreis für Nichtmitglieder bis Ende 1911 (Nr. 11—15 portofrei zugesandt) 70 Pf., portofrei bestellbedreft einzugehen an Alwin Beuermann in Berlin-Niederdorf, Kaiser-Friedrich-Straße 9.
„Archiv für Buchgewerbe.“ Heft 8, Band 48. Verlag des Deutschen Buchgewerbevereins in Leipzig. Jährlich 12 Hefte. Das Einzelheft kostet 1,50 Mk.
„Der Stereotypen“, deutsche Klischeemittelzeitung. 24. Jahrgang, Heft 2. Verlag von Hermann Kempe in Nürnberg. Durch die Post oder den Buchhandel zu beziehen zum Preise von 2,40 Mk. für das Jahr. Jährlich vier Hefte.

„Moderne Kunst“, illustrierte Zeitschrift. Verlag von Nisch, Bong, Berlin. XXV. Jahrgang, Heft 26. Preis des Heftes 80 Pf.

Gestorben.

In Wansin am 22. August der Kommerzienrat Paul Moriz Berger, Seniorchef der Farbenfabrik Berger & Birth in Leipzig.
In Berlin am 12. August der Seher Mag. Haberdant von dort, 24 Jahre alt — Lungentuberkulose; am 13. August der Drucker Friedrich Müller aus Schöningen, 27 Jahre alt — Diphtheritis; am 20. August der Drucker Adolf Mademacher aus Breslau, 63 Jahre alt — Lungenkrebs; am demselben Tage der Drucker Karl Kurth von dort, 52 Jahre alt — Magenkrebs.
In Weisigheim am 24. August der Buchdruckereibesiger Gottlob Müller, 74 Jahre alt.
In Königszell i. Schl. am 17. August der Buchdruckereibesiger Alfred Ginzel.
In Leipzig am 22. August der Drucker Hermann Schmidt aus Hainichen, 36 Jahre alt — Gehirn-erweiterung.
In Staufen der Buchdruckereibesiger Anton Geisel, 58½ Jahre alt.
In Stuttgart am 24. August der Korrektorinvalide Karl Wsinus von dort, 70½ Jahre alt — Altersschwäche; an demselben Tage der Seher Hermann Karl Holzappel aus Wiberach, 20 Jahre alt — Selbstmord.

Briefkasten.

Nach Bittau: Die Geschäftsarte der Lithographischen Anstalt, Buch- und Steindruckerei, Kalender- und Etikettenfabrikation mit elektrischen Betrieben“ haben wir sofort unsrer Mappe für außerordentliche Bucharbeiten einverleibt. 20 Fehler in nur sieben Zeilen ist auch für den stärksten Mann zu viel. Wenn da das Bittauer Publikum einem solchen Kunsttempel nicht die Türen einrennt, können wir auch nicht mehr helfen. — O. F. in Byrmon: Wir würden Ihnen gern dazu verbleiben, aber kein einziges Redaktionsmitglied kann sich eines Wüchleins von einem Kollegen entfinden, der in dieser Weise ein Opfer der Lehrlingszuchterei geworden ist und sein dadurch verpfushtes Leben beschreibe. — W. S. in H.: 1. Haben sofort an jene Adresse ein Donnerwetter gerichtet. 2. Mit Interesse gelesen. — H. M. 100: Ihre Anschauung ist richtig. — O. D. in Hefel: Auf den Nachdruck der Schlemmerkneiperei des „Typ.“ in der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ reagieren wir nicht. — W. B. in Braunshweig: Wir können nicht Erwidern auf Erwidern bringen in einer Sache, an der die Gesamtsolidarität kein Interesse hat. Nachdem beide Teile im „Dorr.“ zu Worte gekommen sind, ist die Sache für uns erledigt.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SV 20, Mariendorfer Straße 13 I. Fernsprechanlage VI, 11191.

Bekanntmachung.

Wir machen die Mitglieder darauf aufmerksam, daß bei allen Konditionsangeboten vor der Annahme eines Engagements Gründigungen eingezogen werden müssen. Mitglieder, die diese statutarisch vorgeschriebene vorherige Anfrage unterlassen, werden auf die Dauer von 13 Wochen außer Bezug jeder Verbandsunterstützung gesetzt, ebenso erhalten solche Mitglieder im Fall eines Umzugs keine Umzugsbeihilfe.

Anfragen bei Konditionsangeboten sind nur zu richten für den Gau:

- Bayern: Joseph Seib, München, Holzstraße 24 I.
- Berlin: Albert Massini, Berlin SO 16, Engelafer 14/15 I.
- Dresden: Heimr. Wendt, Dresden, Wachsbleichstraße 8.
- Elbschönerungen: Joseph Wagner, Straßburg i. E., Rüricher Straße 20 III.
- Erzgebirge-Bogland: Otto Dähnel, Chemnitz, Feldstraße 35 part.
- Frankfurt-Hessen: C. Dominé, Frankfurt a. M., Wiedlandstraße 2 III.
- Hamburg-Altona: W. Dreier, Hamburg, Wefenbinderehof 57 I.
- Hannover: Karl Rosenbruch, Hannover, Detmoldstr. 11.
- Leipzig: Karl Engelbrecht, Leipzig, Brüderstraße 9 I.
- Mecklenburg-Vorpommern: A. Dahme, Schwerin i. M., Münzstraße 10 I.
- Mittelrhein: Heimr. Fuhs, Mannheim, Pözzistraße 8.
- Nordwest: F. Oßicka, Bremen, Westerbek 32.
- Ostpreußen: Karl Lindenlaub, Freiburg i. Br., Zafusstraße 10 I.
- Ober: Paul Gannat, Stettin, Turnerstraße 10 I.
- Osterrand-Thüringen: Emil Proe, Weimar, Buttelflecker Straße 6 I.
- Ostpreußen: S. Meisner, Königsberg i. Pr., Nikolaistraße 4 III.
- Posen: Felix Wagner, Posen O 1, Königsplatz 5, Gartenhaus, 2. Eingang III.
- Rheinland-Westfalen: Emil Albrecht, Köln a. Rh., Gereonshof 28.
- An der Saale: Hugo König, Halle a. S., Kleine Klausstraße 7 I.
- Sachsen: Karl Fiedler, Breslau I, Kupferschmiedestr. 7 II.
- Schleswig-Holstein: M. Prüter, Kiel, Schauenburgerstraße 34 part.
- Westpreußen: St. Nagroßki, Danzig, Petershagen a. d. N. 12 I.
- Württemberg: Karl Rnie, Stuttgart, Heufelgstr. 54 p.

Die Gausenteilungen finden die Mitglieder in den Beschlüssen des Vorstandes, Seite 20-36.
Berlin. Der Vorstandsvorstand.

Bekanntmachung.

Bei Konditionsangeboten nach dem Auslande sind unbedingt Erklärungen einzuziehen, da die betreffenden gegenseitigen Verbände solche Mitglieder sofort ausschließen bzw. auf die Dauer von sechs Monaten und mehr außer Bezug sämtlicher Mitgliedsrechte setzen, welche ohne vorherige Anfrage eine Kondition angenommen haben. Die Adressen dieser gegenseitigen Verbände sind für:

- Belgien: A. van Haesendonck, Molenbeck-Bruxelles, 40, rue van Meyel.
- Bosnien und Herzegowina: Iwan Peserle, Sarajevo, Landesdruckerei.
- Bulgarien: T. Beraha, Sofia, Maroden Dom.
- Dänemark: Viktor Petersen, Kopenhagen K., Nybrogade 12.
- Finnland: O. A. Nyman, Helsingfors, Fabriksgatan 8.
- Frankreich: A. Keufer, Paris 6e, Rue de Savoie 20.
- Italien: Giovanni Chiesa, Milano, Via Manfredi Fanti 19, Casa del Popolo.
- Kroatien: Ludw. Wieser, Agram, Primorska ulica 2.
- Luxemburg: W. Bastendorff, Luxemburg, Philippstraße 7.
- Norwegen: Gunnar Ousland, Kristiania, Youngsgadeu 13 IV.
- Österreich: F. Reifmüller, Wien VII/1, Zieglergasse 25.
- Rumänien: D. Marinescu, Bukarest, Strada Fundatura Vaselor 22.
- Schweden: Svenska Typograförbundets Expedition, Stockholm, Jacobsgatan 22a.
- Schweiz (deutsche): J. Schlumpf, Bern, Speicher-gasse 29.
- Schweiz (französische): Corbaz, Lausanne, Place du Nord 2.
- Serbien: Todor Nestorovitch, Belgrad, Zeleni Venac 7.
- Ungarn: Redaktion der "Typographia", Budapest VIII, Békocsi-utca 1.

Der Vorstandsvorstand.

Adressenveränderungen.

Zürich. (Maschinensehervereinigung.) Vorsitzender: Konrad Zimmermann, Moltkestraße 6.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

- In Antonienhütte der Seher Leo Pollat, geb. in Oberlogau 1891, ausgel. daf. 1903; war noch nicht Mitglied. — A. Wala in Weuthen (Oberöschl.), Parallelstraße 12 I.
- In Wallenstedt a. S. der Seher Walter Janz, geb. in Neuenburg i. Westpr. 1888, ausgel. daf. 1907; war noch nicht Mitglied. — Paul May in Queblinburg, Am Kanonenberg 2.

In Berlin die Seher 1. Ernst Nied, geb. in Stettin 1883, ausgel. daf. 1903; 2. Rudolf Schöbo, geb. in Jüterbog 1892, ausgel. in Berlin 1910; 3. Friedrich Stiegler, geb. in Weihensee b. Berlin 1892, ausgel. in Berlin 1910; 4. der Schweißergeselle Paul Büchel, geb. in Berlin 1882, ausgel. daf. 1900; waren noch nicht Mitglieder; die Seher 5. Joh. Vahr, geb. in Dannstadt 1884, ausgel. in Ludwigshafen 1902; 6. Hof. Ludwig, geb. in Walmely 1882, ausgel. daf. 1900; 7. Ernst Pfeiffer, geb. in Berlin 1891, ausgel. daf. 1909; 8. Bruno Schollbach, geb. in Berlin 1891, ausgel. in Regio 1910; 9. Walter Schulze, geb. in Reg. Reg. 1885, ausgel. in Wriegen 1905; 10. der Drucker Paul Bröter, geb. in Ottowij 1888, ausgel. in Köslin 1906; waren schon Mitglieder. — W. Mastini, Engel-ufer 14/15.

In Wischhofwerda der Seher Alfred Junghans, geb. in Frohau b. Annaberg 1893, ausgel. in Wälkenstein 1911; war noch nicht Mitglied. — In Dresden der Maschinenseher Gustav Richter, geb. in Himmburg in Böhmen 1890, ausgel. daf. 1908; war noch nicht Mitglied. — S. Steinbrück in Dresden, Rathhildens-trasse 7 I.

In Schwerte i. W. der Seher Wilhelm Dresbach, geb. in Halver 1892, ausgel. daf. 1910; war noch nicht Mitglied. — Louis Lorenz in Hagen i. W., Feinheitsstraße 30.

Arbeitslosenunterstützung.

Ludenwalde. Den durchreisenden Kollegen zur geist. Kenntnisnahme, daß vom 1. September ab am hiesigen Orte kein Vorkurs mehr ausgezahlt wird.

Verammlungskalender.

- Berlin.** Maschinenseherversammlung Sonntag, den 3. September, vormittags 10 Uhr, im "Gewerkschaftshaus", Engelsteiner 15.
- Korrekturenversammlung** Sonntag, den 3. September, abends 7 Uhr, im "Graphischen Vereinshaus", Alie-andriensstraße 44.
- Leipzig.** (Oberöschl.) Versammlung heute Sonnabend, den 2. September, abends 8 Uhr, im "Reigen Hotel", Zimmer 29.
- Braunschweig.** Bezirksversammlung Sonntag, den 3. September, vormittags 10 1/2 Uhr, im "Gewerkschaftshaus".
- Maschinenseherversammlung** Sonntag, den 10. September, vormittags 10 1/2 Uhr, in Wolfenbüttel, Restaurant "Kaiserhof".
- Bremen.** Maschinenseherversammlung heute Sonnabend, den 2. September, abends 8 1/2 Uhr, im "Gewerkschaftshaus".
- Hessen.** Maschinenseherversammlung heute Sonnabend, den 2. September, abends 8 1/2 Uhr, im "Eintracht".
- Bielefeld.** Vorstandssitzung Montag, den 4. September, abends 9 Uhr, im Vereinslokal.
- Eßlingen.** Versammlung Dienstag, den 5. September, abends 6 Uhr, in der "Neuen Welt".
- Göttingen.** Bezirksversammlung Sonntag, den 10. September, vormittags 10 1/2 Uhr, in der "Kaiserhalle", Am Wilhelmplatz.
- Guben.** Versammlung heute Sonnabend, den 2. September, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal "Markt Brandenburg".
- Hannover.** Maschinenseherversammlung Sonntag, den 3. September, vormittags 10 Uhr, im "Regierheim", Gerberstraße.
- Kassel.** Maschinenseherversammlung heute Sonnabend, den 2. September, abends 9 Uhr, im Restaurant Sommer, Graben 52.
- Königsberg i. Pr.** Maschinenseherversammlung Sonntag, den 3. September, vormittags 10 Uhr, im Vereinslokal, Erste Stiegestraße 26/7.

Leipzig. Maschinenseherversammlung Sonntag, den 3. September, vormittags 10 1/2 Uhr, im "Reigenhaus" (Kolonnadenlaal).

Münster i. W. Versammlung heute Sonnabend, den 2. September, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal Bv. Maden, Nord. Jagdstraße.

Phlegel. Versammlung Montag, den 4. September, abends 6 1/2 Uhr, bei Wita, Am Markt.

Ruders. Versammlung heute Sonnabend, den 2. September, abends 9 Uhr, im Restaurant Hohe, Germaniastraße 40.

Sulzbach (Saar). Versammlung heute Sonntag, den 2. September, abends 9 Uhr, in Friedridhsplatz, Zaitzbars Gasthaus "Zur Rosenblüte".

Süßingen. Versammlung heute Samstag, den 2. September, abends 8 Uhr, im Lokal "Zum Hans", Marie-Kaiserstraße.

Wilm-Bräunlin. Versammlung heute Samstag, den 2. September, abends 8 1/2 Uhr, im "Sofentwiefel", Bisdergasse.

Verband der Vereine der Buchdrucker und Schriftgießer und verwandter Berufe Österreichs.

Wien. Dem auf der Reise befindlichen Seher Franz Michelfeit aus Olmütz, geboren am 16. Januar 1884, beigetreten am 13. Januar 1902, ist auf der Reise in Tirol sein Quittungsbuch (Nr. 2391 b, Mähren IV), ausgestellt am 15. Mai 1911, angeblich abhanden gekommen. Dem Verlufterträger wurde am 28. August d. J. ein neues Quittungsbuch ausgestellt, das die Nr. 2391 c, Mähren V, trägt. Das abhanden gekommene Quittungsbuch wird hiermit für ungültig erklärt, ist vorfindendenfalls abzunehmen und an das Verbandssekretariat einzusenden.

Zur Beachtung für nach Österreich reisende Kollegen! An den der Grenzüberwachungsstellen in Österreich wird die Reiseunterstützung von nachbenannten Verwaltern ausgezahlt:

- Bregenz:** Jos. Rothmann, Gasthaus, "Münchener Hof", I. Stock, Gewerkschaftslokal (nur Wochent. 6-7 abds.) — Budweis: Ad. Hopysek, "Arbeiterheim", Prager Straße 1, I. Stock (12-1 mit, 6-7 abds.). — Egor: Georg Kamp, Martinigasse 18 (neu), I. St., gegenüber der "Kaiserburg" (7-Sabds.; Feiert. 12-1 mit, Sonntag geschlossen). — Freiwaldau: Franz Reichel, nur an Wochentagen (nach vorheriger Anmeldung in der Buchdr. E. Czoch, Ring 157) im Gasthaus "Zum weißen Roß" (6 1/2-6 abds.). — Innsbruck: Ignaz Lunz, "Arbeiterheim", Montgasse 12 (nur an Wochentagen 6-7 abds.). — Pardubitz: Joseph Tokik, Společná knihárna, Královská třída (11 1/2-12 mit., 6 abds.). — Pilsen: Karl Götz, Vereinshaus, "Höllg." Ubergasse (nur an Wochent. 4 1/2-5 1/2 abds.). — Reichenberg: Max Laue, Sörgasse 94 (nur an Wochentagen 6-7 abds.). — Ried (Innkreis): Hans Trauner, nur an Wochentagen (nach vorheriger Anmeldung in der Provinzdruckerei, I. Stock) im "Bürgerl. Braugasthaus", Roßmarkt 27 (6-7 abds.). — Salzburg: R. Rödel, Gasthaus "Zum Steintor", Steingasse (nur an Wochentagen 6-7 abds.). — Scharding: Alois Strobel, Passauer Straße 134 (6-7 abds.). — Teplitz: Jos. Totsch, Gasthaus, "Zum Engelhorn", Marktplatz (6-6 1/2 abds.; Sonntag. 11-12 vorm.). — Teschen: Artur Wiedenmann, Kl. Wiese 24, I. St. (nur an Wochent. 12-1 mit, 6 1/2 abds.). — Teichen: Jos. Hocke, Helmrichs Gasthaus "Zum gold. Kreuz", Kreuzgasse (an Wochentagen 6 1/2-6 abds., an Feiert. 10-11 vorm.). — Troppau: Leopold Piruschka, Schlossring 23 (nur an Wochentagen 6 1/2-7 1/2 abds.).
- Verzeichnis empfehlenswerter Gasthäuser. Bregenz: Gasthaus "Zum Storch", Oberstadt, Gasthaus "Zum Münchener Hof", Anton-Schneider-Strasse. — Budweis: Gasthaus "Zum schwarzen Adler", Theatergasse. — Egor: Gasthaus "Zur Stadt London", Johanneplatz 13. — Freiwaldau: Gasthaus "Zum weißen Roß" (Tonsack). — Innsbruck: Gasthof "Zum Mondschein", Maske-hilferstraße 6. — Pardubitz: "Arbeiterhaus", Heilighausgasse. — Pilsen: Arbeiterheim "Peklo", Ubergasse. — Reichenberg: Vereinshaus, Johannegasse 8. — Ried: K. Ammerer, Bürgerliches Braugasthaus, Roßmarkt 27. — Salzburg: Gasthaus "Zum Steintor", Steingasse. — Scharding: G. Erlis Gasthaus, Theaterstraße. — Teplitz: Konr. Rosenkranz Gasthaus, "Zum Engelhorn", Marktplatz. — Teschen: Restaurant Joseph Smole, Sachsenberg. — Teichen: Helmrichs Gasthaus "Zum goldenen Kreuz", Kreuzgasse. — Troppau: "Troppauer Bierhalle", Olmützer Straße.

Neunter Jahrgang.
Deutscher Buchdrucker-Kalender

Herausgeber: Ludwig Rexhäuser. für das Jahr 1912. 14 Bogen Oktav. Kunstl. Ausführung.
Preis 1 Mt., im Buchhandel 1,50 Mt.

Erstuche die geehrten Kollegen, auch dem neuen Jahrgange die alte Freundschaft bewahren zu wollen. Ein reicher und vielseitiger Inhalt sowie eine vornehme technische Ausstattung des Kalenders, die eine erstklassige Firma übernommen hat, werden garantiert. In selbständiger Behandlung werden die bewegenden Fragen des Buchdruckgewerbes und die Ergebnisse der Tarifverhandlungen dem Leser unterbreitet.

Wegen Feststellung der Auflage wird um baldigste Aufgabe der gewünschten Anzahl Exemplare gebeten. Zeichnungslisten für die einzelnen Orte resp. Offizinen sind verhandelt. Der Kalender erscheint wegen der tariflichen Verhandlungen bestimmt Ende Oktober. Gegen Einfindung von 1,15 Mt. erfolgt portofreie Zusendung. — Bestellungen wolle man richten an den Verlag des "Deutschen Buchdruckerkalenders":
Konstanz, Schützenstraße 38. [562] Ludwig Rexhäuser.

Verhältnisse halber bin ich gezwungen, meine mittlere Druckerei in Leipzig bei geringer Anzahlung zu verkaufen. Off. unter U. J. 136 an den Anzeigeband Leipzig.

Druckerei, mit Kontraktstücken und andern Mitteln, lassen Arbeit sehr gut beschaffen (Preis 12000 Mt.) zu verkaufen durch [631] G. S. Müller, Itzenh., Gölzsch, Berlin NW. 57.

Jüngerer Zuriichter, militärret. gesucht. Eintritt sofort. [631] P. S. Scheller & Siesche, Leipzig, Weidenstraße 20/28.

Mäasers
Neue Zurichtfeder
D. R. G. M.
verdrängt entschieden die jetzt existierenden Zurichtfeder (Zurichtmesser) Die Zurichtfeder sind aus bestem gehärteten Stahl hergestellt und lassen sich in einem Halter leicht und sicher befestigen. Nach Abnutzung sind die Federn mühelos nachzuschleifen. Zum Plattnachschleifen vorzüglich geeignet. Preis der Federn pro Stück 10 Pf., das Dutzend Federn mit Umsteckhalter 1,25 Mk. Porto 2 Pf. Gebillien, die sich mit dem Verteilbo befassen wollen, erhalten hohen Rabatt. [611] Verlag Julius Mäser in Leipzig-R.

Lehrbuch der Kraft- u. Muskelausbildung. Wichtig f. jed. Jung. Mann, auch f. ä. tere nützliche. Vier Systeme. Neud. illust. Preis nur 1,50 Mt. Seigler, München, Herzog-Wilhelm-Str. 16 III, v.

Jeder strebsame Setzer nütze die Sommerzeit

und arbeite durch Selbststudium an seiner weiteren Ausbildung. Wer einen Faktorposten erstrebt, dem sei das Werk "Der Faktor" (Preis 4 Mk.) angelegentlich empfohlen; derjenige, der die Meisterprüfung abzulegen gedenkt, schaffe sich das soeben erschienene, in jeder Beziehung ausführliche und den ganzen Prüfungsgang behandelnde "Handbuch zur Vorbereitung auf die Meisterprüfung" an. Preis dieses 18 Bogen starken Werkes 6 Mk. Beide Werke sind von universeller Bedeutung und gehören in die Bibliothek jedes Setzers! [630] Verlag Julius Mäser in Leipzig-R.



Wenn wir Sie sprechen könnten
würden wir Sie sicher davon überzeugen, dass Sie durch direkten Bezug aus unserer Fabrik in Anzugstoffen, Paletotstoffen, Hosenstoffen, Westenstoffen, Damentüchern etc. unbedingt Vorteile haben. Spezialität: Erstklassige Neuheiten in besserer Qualität zu alterbiligen Preisen. Verlang: Sie dranh Postkarte Must. Wir senden dieselb. sofort franko ohne Kaufzwang.
Lehmann & Assmy, Spremberg L. 227
Grösste u. älteste Tuchfabrik Deutschlands dies. Art. [628]

Festmarsch für Streichorchester m. Schlusschor von Alfred Schweichert. Text des Schlusschors von Willi Krahl.
Komponist FRITZ LUBRICH jun. (Leipzig) schreibt: "Der Festmarsch imponiert durch seinen schwingvollen Aufbau, durch seine gewählte Thematik und Harmonik und hebt sich dadurch vor ähnlichen Kompositionen rühmlichst hervor. Besonders wirkungsvoll ist der als Trio gedachte Schlusschor, welcher dem ganzen Opus einen prächtigen Abschluss gibt. Ich kann dieses Werk nur als beste empfehlen und zweifle nicht an seiner durchschlagenden Wirkungskraft."
Man verlange Probe-partituren von [1] RADELLI & HILLE, Leipzig, Salomonstraße 8.

Graphische Fachklassen
Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein-druck, Photomechanische Verfahren, Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Prospekte frei. Kunstgewerbeschule Barmen

Anhang zum Tarife von Konrad Echter. Preis des Exemplars 10 Pf. (3 Pf. Porto). Bestellungen nehmen die Herren Verbandsfunktionäre sowie G. S. Müller, Leipzig, Salomonstraße 3, entgegen.

Fadgedicht K. Siegl, München 9
[Richard Härtels Bühnenverlag.] — Gießstraße 3. — Illustrierter Katalog unverbunden und frei.